

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Zur Wahl in Hamburg – S. 4*
- *Libyen, Nordafrika und die Europäische Union: Nachbarschaftliche Lösung oder Mittelmeerfront? – S. 7*
- *Volksentscheid zum Berliner Wasser: „Staat vor privat“ – S. 12*
- *IG Metall Aktionen gegen Leiharbeit: „Arbeit sicher und fair – S. 16*
- *André Brie: Russland, die Nato und die Europäische Union – S. 18*
- *Dieser Ausgabe liegt das Rundschreiben der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung bei*

Ausgabe Nr. 3 am 11. März 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubai Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beiliegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Versammlungsfreiheit gilt auch im Frankfurter Flughafen

Erklärung der Klägerin, die beim Bundesverfassungsgericht die Achtung der Grundrechte im Flughafen durchgesetzt hat:

Wir haben viel gewonnen: der Flughafen ist ein öffentlicher Raum, in dem die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gültigkeit haben. Und das gilt nicht nur für Flughäfen und für Bahnhöfe, die teilprivatisiert sind, aber von der öffentlichen Hand beherrscht werden, sondern für alle Orte, die als Bereich „allgemein kommunikativen Verkehrs“ ausgestaltet sind.

Das heißt konkret, unsere Versuche, gegen Abschiebungen vom Frankfurter Flughafen zu protestieren und zu intervenieren, fallen unter den Schutz des Grundgesetzes und können nicht mehr willkürlich von der Fraport kriminalisiert werden. Demonstrationen, die wir im Terminal anmelden wollen oder können, melden wir wie früher beim Ordnungsamt an, und die Fraport kann es nicht mehr verbieten, ohne eine konkrete Gefährdungslage nachzuweisen. Vielleicht oder eher ganz bestimmt, wird sie Auflagen durchdrücken wollen – wie früher auch – (Vorstandschef Schulte freut sich, dass er z.B. Trillerpfeifen nicht zulassen muss), aber zumindest haben wir wieder eine Verhandlungsbasis.

Das Verbot, Flugblätter zu verteilen, kann nicht mehr auf den „Wunsch gestützt werden, eine Wohlfühlatmosphäre in einer reinen Welt des Konsums zu schaffen, die von politischen Diskussionen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen frei bleibt. Ein vom Elend der Welt unbeschwertes Gemüt des Bürgers ist kein Belang, zu dessen Schutz der Staat Grundrechtspositionen einschränken darf.“

Grad so steht es in der Urteilsbegründung, die vollständig auf der Seite des Bundesverfassungsgerichts nachgelesen werden kann. www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg11-018.html

Mit uns freuen sich die Flughafen- ausbaugegnerInnen, die Pilotenvereinigung Cockpit, die Gewerkschaft der Flugbegleiter, die Stuttgart 21-GegnerInnen, die Gewerkschaften insgesamt, wie der DGB am Tag nach der Urteilsverkündung:

„Um das Verfassungsgerichtsurteil gleich mit Leben zu erfüllen, haben wir heute im Frankfurter Hauptbahnhof Flugblätter gegen die Schuldenbremse verteilt“, sagte der Vorsitzende des DGB Frankfurt-Rhein-Main, Harald Fiedler.

Kurz nach Beginn der Aktion seien die Gewerkschafter vom Sicherheits-

personal aufgefordert worden, das Verteilen der Flugblätter zu unterlassen. Nach der Aufforderung hätten die DGB-Mitglieder auf das Urteil mit dem Aktenzeichen 1 BvR 699/06 verwiesen, berichtete Fiedler. Nach mehreren Rückfragen auf „höherer Ebene“ hätten die Verantwortlichen den mündlichen Verweis zurückgezogen und die Flugblattverteilung sowie die Präsenz von DGB-Fahnen in der Bahnhofshalle gestattet. „Damit ist für uns die Demonstrationsfreiheit im Hauptbahnhof Frankfurt erreicht“, sagte Fiedler.

So sollten auch wir das Urteil mit Leben erfüllen und weiter hartnäckig am Frankfurter Flughafen gegen die Abschiebepaxis protestieren.

Neuer bei der Bundesbank: Hardliner mit guten Manieren

Berliner Zeitung, 19.2. rül. Die Berufung des wirtschaftspolitischen Beraters von Kanzlerin Merkel, Jens Weidmann, zum Nachfolger des zurückgetretenen Bundesbankchefs Axel Weber ist in der Presse weitgehend positiv kommentiert worden. Weidmann gilt als kompetent, höflich, nie aufbrausend, offen und neugierig, statt eitel und arrogant. Zusammen mit Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen, der für den früheren Finanzminister Peer Steinbrück die Geschäfte führte und als einziger SPD-Staatssekretär auch unter Finanzminister Schäuble im Amt blieb, war Weidmann an allen wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung seit Ausbruch der globalen Finanzkrise (Bankenrettung, Schaffung des Rettungsfonds Soffin, Verstaatlichung der HRE, Opel, Abwrackprämie, Konjunkturprogramme, Euro-Krise usw.) maßgeblich beteiligt. Weidmann und sein Vorgänger Axel Weber gelten beide als „orthodoxe Ökonomen“, als Anhänger von Angebotstheorien. „Verkrustungen“ auf dem Arbeitsmarkt sind ihnen wichtiger als Nachfrageprobleme. Aber beide hätten auch „Ehrfurcht vor den Daten“, zitiert die „Berliner Zeitung“ einen „Insider“ der Regierung, und erläutert ironisch, was damit gemeint ist: „Ihre Wahrheiten müssen zumindest ansatzweise durch Daten gedeckt sein.“ Dass der neue Bundesbankchef aber auch hart im Angriff sein kann, hat er schon vor seiner Zeit als Berater im Kanzleramt deutlich gemacht. Als Generalsekretär des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kritisierte er 2002 die Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung als nicht weitgehend genug. Die Regierung Schröder stelle mit ihrer „Agenda 2010“ Sozialleistungen „nicht grundsätzlich“ in Frage und

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

verspreche einen Abbau von Arbeitslosigkeit, ohne Besitzstände anzugreifen, urteilte er damals.

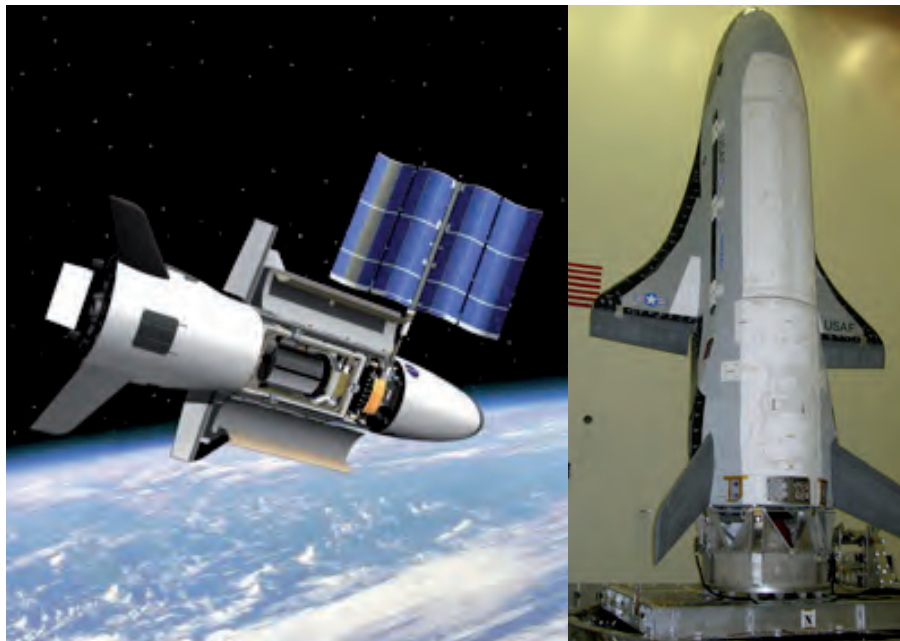
Frauenquote: Das Land Berlin führt

Berliner Zeitung, 25.2. rül. Das Land Berlin ist nach Aussagen von Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Frauen und Technologie von der Linken, bundesweit am weitesten vorangekommen bei der Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen. Beim Amtsantritt der rot-roten Koalition in Berlin im Jahr 2002 lag die Frauenquote in den Aufsichtsgremien der Berliner Landesunternehmen bei neun Prozent. Inzwischen sind 42 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder in Landesunternehmen weiblich. Auch in den Geschäftsführungen der Landesunternehmen wächst der Frauenanteil. Hier sind allerdings erst ein Zehntel der Geschäftsführungsmitglieder weiblich. Immerhin: Die beiden größten Berliner Landesunternehmen, die Berliner Verkehrsgesellschaft BVG, mit 10.600 Beschäftigten das größte kommunale Nahverkehrsunternehmen in Deutschland, und die Berliner Stadtreinigung BSR mit 5 300 Beschäftigten und fast 500 Millionen Euro Jahresumsatz werden von Frauen geleitet.

Gutenberg kommt vielleicht vor Gericht

maf. Die Universität Bayreuth hat festgestellt, dass sie Herrn Karl Theodor zu Gutenberg den Dokortitel unter falschen Voraussetzungen zuerkannt hat. Gutenberg widerspricht nicht. Gegenwärtig prüft die Staatsanwaltschaft, ob der Sachverhalt strafrechtlich geklärt werden muss. Die CSU erklärt, dass Gutenberg, der als Verteidigungsminister zurückgetreten ist und sein als Direktmandat mit dem bundeweit besten Prozentergebnis erlangenes Abgeordnetenmandat aufgegeben hat, einer der ihren sei, dessen Rückkehr man wünsche. Zur Zeit prüft die Staatsanwaltschaft, ob sich Gutenberg wegen der Verletzung des Urheberrechts vor Gericht verantworten muss. So lange ruht die Sache. Öffentlichkeit und Parteiensystem haben den Fall im Geschwindsschritt erledigt, obwohl die „Bildzeitung“ dagegen hielt und obwohl große Teile der Bevölkerung gern gesehen hätten, dass man die Sache mit Augenzwinkern ad Acta legt.

Guttenbergs Verhalten berührte eines der schwierigsten Verhältnisse der modernen reifen Industriegesellschaft, das zwischen den besitzenden Klassen, die verlässliche Dienstleister benötigen, und Trägern von Fachwissen, die hart an sich gearbeitet haben und die Früchte selbst ernten wollen. Die Zertifizierung von Beruf und Ausbildung



Weltraumrüstung

rianovosti.com, 6.3. alk. Die US-Luftwaffe hat ein Projekt, das einst von der Nasa, der zivilen US-amerikanischen Weltraumbehörde, begonnen wurde, jetzt mit einem Testflug fortgesetzt. Dabei wurde das rückholbare „Space Plane X37B“ (im Bild eine Simulation und das reale Vorgängermodell im Hangar, Quelle: www.nasa.gov) mit einer Rakete in eine sehr erdnahe Umlaufbahn transportiert. Einzelheiten der Tests dieser Mischung von Raumfahrzeug und unbemanntem Flugzeug werden geheim gehalten.

Die Herrschaft über den Weltraum ist kriegswichtig. Sie wird gegenwärtig vor allem über Satelliten organisiert, einerseits die Kommunikation, aber auch die Steuerung von Lenk Waffen. In den letzten Jahren sind mehrere Versuche unternommen worden, Systeme zum Zerstören von Satelliten zu entwickeln. Von der Erde aus ist das jedoch ziemlich aufwändig. Ein unbemanntes Raumflugzeug, eine Art Drohne, zudem noch relativ klein, ändert die Lage. Wer es besitzt, der ist sozusagen in Schussweite – vergleichbar einem Kanonenboot auf dem Meer. Offensichtlich ist das Gerät im Weltraum steuerbar. Diese Technik würde sich, falls ausgereift, hervorragend eignen, die Kräfteverhältnisse zwischen den Weltraummächten zu verschieben. Es ist eine Gegenentwicklung zur internationalen Zusammenarbeit bei der Raumstation. Besser wäre es, internationale Abkommen zu haben, die geheime Alleingänge bei der Erschließung des Weltraums ächten.

ist in dieser Konstellation die entscheidende Kommunikationsform. Falsche Titel zerstören notwendige Kooperationszusammenhänge wie falsches Geld Handel und Wandel. Warum hat sich Freiherr zu Gutenberg, der reich sein soll, um diesen Titel bemüht? Offenbar um des öffentlichen Ansehens willen. Adlige Geburt, Reichtum und wirtschaftlicher Erfolg bedürfen anscheinend der Beglaubigung durch den Nachweis beruflicher Qualifikation, geradeso, wie früher alles nicht half, wenn die Person nicht von Familie war.

Dr. Friedrich vergeht sich gegen die Verfassung

maf. Im Zuge der Rochade ist der promovierte Volljurist Dr. Friedrich Innenminister geworden. Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt hatte Friedrich laut dem Fernsehsender ntv (4.3.11) gesagt: „... die in der Bundesrepublik lebenden Menschen islamischen Glaubens gehörten zu Deutschland. Aber dass der Islam zu Deutschland gehört,

ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt“, sagte der CSU-Politiker“.

Bei seinem Amtsantritt hatte Bundespräsident Wulff gesagt, der Islam gehöre „inzwischen“ zu Deutschland. Obwohl Wulff zweifellos beabsichtigte, das muslimische Leben in Deutschland praktisch zu erleichtern, setzte der Bundespräsident damit eine seltsame Deutung der Beziehung von Religion und Nation in die Welt (s.a. PB 12/2011). Denn wer entscheidet so etwas? – „Aus der Historie“ lässt sich erfahren, dass dergleichen einst die Obrigkeit entschied, aus der Verfassung der BRD, dass Existenz oder Nichtexistenz von Religionsgemeinschaften aus der Bekenntnisfreiheit der Bürger folgen.

Friedrich ist Innen- und damit Verfassungsminister. Gutenberg hat sich an der Rechtsordnung vergangen, aber sozusagen nur nebenbei, in einem amtsfremden Delikt. Dr. Friedrich vergreift sich im Amt.

Es kommt einfach nichts besseres nach aus der CSU.

Wahl in Hamburg

Die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Hamburg stimmen bei der Wahl zur Bürgerschaft nicht nur wie in den Flächenstaaten über die gesetzgeberischen Qualitäten eines Landtags ab. Im Stadtstaat werden der Landesregierung auch die Leistungen der kommunalen Ebene unmittelbar zugerechnet. Fehler, die sonst auf der kommunalen Ebene verarbeitet werden, sind hier von der Landesebene zu verantworten. Da landauf, landab beobachtet wird, dass die Bindung an Parteien auf der kommunalen Ebene schwächer ausfällt, wäre das ein Erklärungsgrund für die starken Wählerwanderungen, die in Hamburg seit Jahrzehnten zu beobachten sind. Eine Botschaft des Wahlergebnisses wäre also, dass die von CDU und GAL gestellten Regierungs- und Verwaltungsspitzen eine schwache Arbeit abgeliefert haben. Dann muss man zur Erklärung des Kantersiegs der SPD keine politisch-ideologisch-weltanschauliche Verschiebung im Wählerfeld annehmen, maßgebend wäre gewesen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich von einer Neubesetzung der Spitzenposten bessere Leistungen versprechen. Eine solche Hoffnung konnten die Wählerinnen und Wähler mit ihrer Entscheidung für die SPD verbinden, weil die heutige SPD sich um das Leitbild geschickter Verwalter/innen geradezu idealtypisch gruppiert.

Für die weitere politische Entwicklung in der BRD maßgebend könnte die Beobachtung sein, dass die Linke einen Platz neben einer erstarkenden SPD behaupten konnte. Hier zeichnet sich die Chance ab, aus der Rolle der über-treibenden populistischen Opposition herauszukommen und in die Funktion einer sachkundigen Opposition hin-

einzuwachsen, die im Gang des parlamentarischen Geschehens mit einigem Nachdruckverbessernde Kritik führen kann. Gerade in einer Situation, in der, wie es im Stadtstaat nun einmal ist, viele Momente der kommunalen Selbstverwaltung gegeben sind, kann sachkundige Opposition entwickelt werden. Sach-, d.h. eher menschenkundig, weil die Linke beim Blick in die Gesellschaft die Menschen in prekären Lebenslagen nicht übersieht und ausblendet, sondern als Quelle berechtigter politischer Ansprüche wahrnimmt. Sachkundig auch, weil sie sich mit der Funktionsweise der modernen Leistungsverwaltung vertraut macht. Die Hamburger Wählerinnen und Wähler haben der Linken einen Funktion zugewiesen, in der sich die Partei die nächsten vier Jahre lang nützlich machen und dabei an der Entwicklung von Reformvorhaben mitwirken kann; wohlüberlegte Reformvorhaben, die mit politischem Nachdruck vertreten werden, wird es brauchen, wenn sich die sozialen und kulturellen Grenzen zeigen, die mit einer sozialdemokratischen Alleinregierung verbunden sind.

Leserschaft und Redaktion unserer Zeitschrift interessieren sich seit vielen Jahren besonders für die politischen Bewegungen am Ort, in der Region, für die Verbindung von bürgerschaftlichen und gewerkschaftlichem Engagement mit der parlamentarischen Politik. Das Hamburger Wahlergebnis ist vielversprechend. Wir gratulieren allen Beteiligten und besonders natürlich Christiane Schneider, Gründerin, langjährige Redakteurin und Herausgeberin der Politischen Berichte, zur Wiederwahl in die Hamburger Bürgerschaft.

Die Redaktion

Demokratie und Linke

Gut 220 Parlamentarier der Linken in Landtagen, im Bundestag und im Europaparlament kamen zum 1. Parlamentariertag am 26. und 27. Februar in Magdeburg. Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag betonte dabei, dass für die Partei die Linke gilt: „Der demokratische Verfassungsstaat, wie er in der Bundesrepublik durch das Grundgesetz rechtliche Gestalt angenommen hat, stellt die politische Form dar, in der die politische und soziale Emanzipation stattfinden kann.“ Wir dokumentieren in Auszügen die Rede Gregor Gysis:

Dasjenige, was wir heute „links“ nennen, ist ungefähr zeitgleich mit den demokratischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts entstanden. Aber das ist kein Zufall. Die linken Ideen speisten sich aus der Erfahrung, dass die Gleichheits- und Inklusionsversprechen des zur Macht strebenden Bürgertums und die tatsächlichen sozialen Verhältnisse zueinander einen Widerspruch bildeten. „Links“ bedeutete schon damals gleich zweierlei: An der Erringung demokratischer Herrschaft mitzuwirken und zugleich denjenigen sozialen und politischen Verhältnissen den Kampf anzusagen, die den Einschluss aller verhindern oder erschweren.

Später ist noch viel hinzu gekommen: Geschlechterpolitik zum Beispiel. Aber auch die politische Problematisierung der Geschlechtsverhältnisse findet ihren normativen Hintergrund in Gleichheitsideen.

Freilich hat es immer auch einen Nebenzweig gegeben. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit üben auch ideologische Funktionen aus. Daraus haben manche Strömungen in der Linken den falschen Schluss gezogen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bloße

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...

Institut	Auftraggeber	Befragte / Zeitpkt.	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Sonstige
Landtagswahl Baden-Württemberg am 27.3.2011								
Emnid	Focus	T • 1.000 / 24.2.-1.3.	38%	25%	21%	8%	4%	?
Forsa	Stern, RTL	T • 1.001/21.2.-25.2.	39%	26%	19%	6%	4%	6%
Emnid	Focus	T • 1.000 / 18.2.-24.2	40%	23%	22%	6%	4%	?
Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 27.3.2011								
Infratest dimap	SWR	T • 1000 / 4.3.-7.3.	36%	38%	10%	7%	5%	4%
Emnid	Focus	T • 1000 / 4.3.	34%	40%	11%	5%	5%	?
Emnid	Focus	T • ? / 27.2.	36%	38%	12%	5%	5%	?
Bürgerschaftswahlen Hamburg am 20.2.2011								
Wahlergebnis Bürgerschaft am 20.2.2011			21,9%	48,4%	11,2%	6,7%	6,4%	5,6%
Infratest dimap	NDR	T • 1.000/28.1.-2.2.	25%	46%	14%	5%	6%	4%

T= telefonische Befragung; O= Online-Befragung. Quelle www.wahlrecht.de

Das Wahlergebnis von Hamburg und die Umfragewerte für die nächsten Landtagswahlen in westlichen Bundesländern (für Sachsen-Anhalt gibt es keine aktuellen) zeigen zweierlei: Umfragen und tatsächliches Wahlergebnis sind allenfalls in der Größenordnung übereinstimmend: so haben alle Institute für Hamburg die CDU und die GAL (Grüne) zu hoch, die SPD und FDP zu niedrig eingeschätzt; nur das Wahlergebnis der Linken traf (vermutlich zufällig) ziemlich genau. Das ist kein Fehler der Institute, die Vorhersage kann einfach nicht genauer sein. Ist der Abstand zwischen verschiedenen Regierungskoalitionen knapp, ist eine auf Umfragen begründete Vorhersage reine Spekulation. Für die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geben die aktuellen Umfragen daher nicht mehr als Stimmungstrends wieder: ein bisschen Guttenberg (kurzzeitiges Minus bei der CDU), ein bisschen Scholz (eventuell Plus bei der SPD), ermattende Protestbewegungen gegen Stuttgart 21 und Atom (Grüne in Baden-Württemberg wieder hinter der SPD) – aber die Entscheidung fällt an der Wahlurne.

Ideologien seien. Das führte zu gesellschaftlichen Entwicklungen mit zum Teil desaströsen Folgen.

Wenn man etwas daraus lernen kann und auch sollte, dann das: Eine Linke kann es wirksam und fortschrittsbezogen nur als demokratische Linke geben. Und wenn ich etwas Freundliches über die frühere PDS sagen darf: Diese Einsicht hat ihren Neubeginn als Partei überhaupt erst möglich gemacht.

Nun ist unsere Partei auch aus einer anderen Quell-Partei hervorgegangen, der WASG. Die WASG konnte sich nur bilden, weil größere Teile der Bevölkerung, insbesondere ehemalige SPD-Wählerschichten, sich politisch nicht mehr repräsentiert fühlten. Wir haben oft vom „neoliberalen Parteienkartell“ gesprochen. In dieser unserer Demokratie ist es möglich, dass der politische Diskurs des Establishments eine ideologische Linie als Selbstverständlichkeit ausgibt, die für größere Teile der Bevölkerung überhaupt nicht selbstverständlich ist. Dann können Repräsentationsdefizite entstehen. Die Agenda-Politik ist dafür ein Beispiel. Die angebliche Sozialromantik haben SPD, Union, Grüne und FDP stolz überwunden, große Teile der Bevölkerung fanden das hingegen überhaupt nicht nachvollziehbar. Die WASG nannte sich daher sehr bewusst „Wahlalternative“. Eine demokratische Repräsentation benötigt eine politische Kraft, die diesem Konsens des Establishments entgegenwirkt. Insofern ging es der WASG, vielleicht sogar entgegen ihren Intentionen, um politische Re-Integration derjenigen, die sich nicht mehr repräsentiert fühlten. Reflektiert man auf diesen Vorgang, dann lässt sich auch sagen: Dort, wo der Neoliberalismus den Staat übernimmt, geht es der Demokratie gar nicht gut. Eine demokratische Linke muss daher immer auch einen kritischen Blick für die Gefährdungen der Demokratie haben.

Diese beiden Thesen: „Eine Linke kann es für uns nur als demokratische Linke geben“ und „eine demokratische Linke muss kritisch auf Gefährdungen der Demokratie reagieren“ sind für uns verpflichtende Ausgangspunkte.

Demokratischer Verfassungsstaat

Eines muss uns allen klar sein: Der demokratische Verfassungsstaat, wie er in der Bundesrepublik durch das Grundgesetz rechtliche Gestalt angenommen hat, stellt die politische Form dar, in der die politische und soziale Emanzipation stattfinden kann.

Gerade der Vergleich zur DDR ist da ganz instruktiv: Einkommensdivergenzen, wie sie für die heutige Bundesrepublik selbstverständlich sind, waren in der DDR undenkbar. Das Maß an sozialer Gleichheit war entschieden höher. Das bedeutete schon eine Menge an Freiheiten, die es heute nicht gibt. So



etwa die weitgehende Abwesenheit von Zukunftsängsten. Der Zugang zu Gütern wie Bildung, überhaupt zu kulturellen Gütern unterlag keinen Klassen-schranken. Aber, und dieses „Aber“ ist deutlich zu machen: Durch das Fehlen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit waren diese Fortschritte zugleich auch ein Medium der politischen Disziplinierung.

Generell gilt für Diktaturen, dass es in deren Führungen zunächst gute Ideen gibt. Sie können viel schneller als in einer Demokratie durchgesetzt werden. Eine Diktatur ist aber so organisiert, dass Schritt für Schritt neue Ideen von außen und von unten ausgeschlossen werden. Und so kommt es immer zu einer Phase des Stillstands in der Entwicklung. Im Unterschied zur Demokratie gibt es keinen Mechanismus, auf diesen Stillstand zu reagieren. Das Schlimmste ist aber, dass eine Diktatur keinen Widerspruch gegen sich zulassen kann und deshalb kritische Geister entweder tötet oder verfolgt, auf jeden Fall unterdrückt.

Ein Kern des Problems der Demokratie besteht darin, dass ohne gut ausgebaute Rechtsstaatsinstitutionen auch die Freiheitspotenziale sozialer Fortschritte nie wirklich auszuschöpfen sind.

Am Deutlichsten ist die Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit in einer Diktatur im politischen Strafrecht erkennbar. Urteile standen schon fest. Hier musste man froh sein, wenn es erst gar nicht zu Prozessen kam.

Das Scheitern des Staatssozialismus zeigt sich schließlich darin, dass die Erringung politischer Freiheit zur Abschaffung dieses Systems führte. Der Staatssozialismus hat damit eine innere Fortschrittsgrenze offenbart.

Jedenfalls ist bei jeder Abwägung von „besser oder schlechter“ für uns

klar: Ohne demokratischen und sozialen Rechtsstaat ist weiterer Fortschritt nicht denkbar.

Demokratie – Verfahren oder mehr

Ein mehr oder weniger konventionelles Demokratieverständnis besteht darin, Rechtsgehorsam aus Einsicht in den Vernunftgehalt der rechtsetzenden Verfahren zu erklären. Dieser Demokratiebegriff ist auf eine Art Verfahrensgerechtigkeit zugeschnitten.

Dieses Demokratieverständnis ist nicht falsch, aber eine formalistische Verengung. Denn wir müssen immer auch auf die materiellen Voraussetzungen der Demokratie reflektieren. Damit schließt sie mehr ein als einen bloßen Formalismus, die Demokratie kann für uns nur eine soziale Demokratie sein.

Soziale Demokratie heißt vor allem: Alles was zu den Voraussetzungen der Demokratie gehört, alles auch, was die Teilhabe aller einschränken könnte, muss Gegenstand politischer Willensbildung sein können.

Hier liegen ja auch die Probleme, vor die wir uns gestellt sehen.

Zugang zu materiellen Ressourcen. Über den Zugang zu materiellen Ressourcen kann der Zugang zu Bildung, Kultur, Information und damit auch zur qualifizierten politischen Meinungsbildung beeinflusst werden. (...)

Privilegierter Zugang von Lobbygruppen: Wirtschaftlich Mächtige können durch direkte gezielte Einflussnahme auf Regierungsvorhaben demokratischen Einfluss ausbremsen. (...)

Demokratische Öffentlichkeit und ökonomische Macht: Die ökonomische Macht verzerrt die öffentliche Kommunikation. Meinungsfreiheit – nicht als formale Rechtsgarantie, sondern als Praxis – wird so zur Freiheit reicher Leute. (...) www.linksfraktion.de



Ausgrenzung, Bespitzelung, Verletzung von Rechtsstaatsprinzipien

Schröders „Extremismusklausel“ stößt auf breiten Widerstand

Mehr als 1 500 Organisationen und Einzelpersonen aus einem breiten gesellschaftlichen Spektrum haben sich in einer koordinierten Aktion am 1. Februar mit Briefen, E-Mails, Pressemitteilungen oder auf anderem Wege gegen die sogenannte Extremismusklausel der Bundesfamilienministerin Schröder gewandt. Der Zentralrat der Juden protestierte ebenso wie der Zentralrat der Muslime. In den letzten Wochen opponierten SPD, Grüne und Linke im Bundestag und in verschiedenen Länderparlamenten gegen die Klausel. In NRW wurde am 25.2. ein entsprechender Antrag mehrheitlich verabschiedet, in Hamburg steht ein Antrag der Linksfraktion am 23.3. zur Abstimmung. Der Berliner Senat hat rechtliche Schritte eingeleitet.

Seit 2001 werden über Bundesprogramme zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus gefördert – Beratungsstellen, parteiunabhängige Jugendverbände, kirchliche Träger und viele andere Institutionen. Viele dieser Projekte wären ohne Bundesmittel nicht möglich gewesen. Ihr Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen und zur Zurückdrängung neofaschistischen Einflusses steht nirgendwo in Zweifel.

Nun ist es der Familienministerin Schröder jedoch eingefallen, die Förderung von einer Unterschrift der Träger unter eine „Demokratieerklärung“ abhängig zu machen. Mit ihrer Unterschrift sollen die Träger nicht nur ihr Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestätigen.

In Satz 2 und 3 der Erklärung wird verlangt: „Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“

In den mitgelieferten „Hinweisen“ wird präzisiert: „Auszuschließen ist, dass im Rahmen der Demokratieförderung solchen Personen oder Organisationen, die sich nicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, ein Podium geboten und der Anschein einer Unterstützung extremistischer Strukturen erweckt wird.“ Bei Unklarheiten über eine „mögliche extremistische Ausrichtung der Partner“ sei der Verfassungsschutz heranzuziehen.

Ausgegrenzt und diskreditiert werden damit zahllose kleinere und größere Projekte bis hin zu Teilen der Partei Die Linke. So heißt es in den Hinweisen: „Eine Zusammenarbeit mit der Partei ‚Die Linke‘ ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen.“ Aber es gebe auch „offen extremistische Zusammenschlüsse wie die Kommunistische Plattform oder die Sozialistische Linke: „Mit diesen Strukturen ist eine Zusammenarbeit ausgeschlossen. Es gilt also auch hier: Es kommt immer auf die konkreten

Personen und die Strukturen/Zusammenschlüsse vor Ort an ...“

Gegen diesen Druck zu Ausgrenzung und Bespitzelung setzen sich zahlreiche Träger – trotz der damit verbundenen Bedrohung ihrer Arbeit – zur Wehr. Sie richten sich vielfach auch ausdrücklich gegen das durch Ordnungsvorstellungen geprägte Demokratieverständnis, das der „Demokratieerklärung“ zugrunde liegt.

Beispielhaft heißt es in einem offenen Brief der Task Force Education on Antisemitism – ein vom American Jewish Committee koordiniertes Netzwerk von Projekten, Institutionen und Einzelpersonen, das sich seit 2002 in der pädagogischen Prävention und Bearbeitung von Antisemitismus organisiert:

„Gerade auf einem Arbeitsfeld wie der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus mit ihrem politisch und moralisch hochsensiblen Charakter ist es notwendig, der Kontroversität einen großen Raum geben und sich nicht auf normatives Handeln zu beschränken. Wenn die Zielgruppen unserer Arbeit das Gefühl vermittelt bekommen, dass das Agieren von Pädagoginnen und Pädagogen der verlängerte Arm obrigkeitstaatlichen Handelns ist, wird diese Arbeit unglaublich.“

Der Zwang für die betroffenen Träger, eine ‚Demokratieerklärung‘ zu unterschreiben ..., forciert ein gesellschaftliches Klima des Misstrauens ... Als Bildungsträger erachten wir es zudem nicht als unsere Aufgabe, unsere Kolleg/inn/en, Partner/innen und Referent/inn/en auf ihre Verfassungstreue hin zu überprüfen und für das Bundesministerium Dossiers über unsere Rechercheergebnisse anzulegen.“

Die verheerenden Auswirkungen des rechten Vorstoßes zeichnen sich ab: Projekte verlieren die Förderung, weil sie sich nicht einspannen lassen. Wie andernorts haben auch in Hamburg z.B. haben die ersten langjährigen Programmkoordinatoren abgesagt, die Aids Hilfe Hamburg e.V. und die Geschichtswerkstatt St. Georg haben ihre geplanten Anträge zurückgezogen bzw. nicht eingereicht, um damit gegen die undemokratische „Extremismusklausel“ zu protestieren.

Unterstützung erhalten die Initiativen durch den Verwaltungsjuristen Prof. Dr. Ulrich Battis, der in einem Gutachten zu der Auffassung kommt, Teile der Erklärung seien „verfassungsrechtlich bedenklich“ „Der zweite und dritte Satz der Betätigungserklärung stellen einen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Bestimmtheitsgebot dar und sind daher mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.“

Christiane Schneider

Quellenhinweis:
<http://www.netzwerk-courage.de>

Nachbarschaftliche Lösung oder Mittelmeerfront?

Die politischen Veränderungen, die in Tunesien einsetzten und dann auf Ägypten und jetzt Libyen übergriffen, waren in der Weltöffentlichkeit nicht erwartet worden. Nicht der Beginn in Tunesien, nicht der rasche Zwischenerfolg in Ägypten und nicht die Fähigkeit zum verbissenen Widerstand, den jetzt das Regime des Obersten Gaddafi zeigt. Angesichts des bewaffneten Aufstands in Libyen, der schnell in einen Bürgerkrieg überging, zeigen sich die politischen Akteure, die Nationalstaaten, die Staatenbündnisse und die Institutionen ratlos.

Über die Parteigrenzen weg bilden sich zwei Lager. Auf der einen Seite fordert man mit Blick auf die Schrecken, die ein Einsatz der Armee gegen die Bevölkerung eines Landes mit sich bringt, Interventionen, auf der anderen Seite verweist man auf die traurigen Erfahrungen der Kriege in Afghanistan, Irak und – ganz leise – Jugoslawien. Der libysche Konflikt trägt inzwischen die Züge des Bürgerkrieges, mündet der Konflikt nicht in Verhandlungen, sondern einen Sieg, so wird der darauf folgende Frieden diese Namen wahrscheinlich nicht verdienen. In der Staatenwelt rechnet man mit einer langen Phase der Instabilität. Wenn es so kommt, und wahrscheinlich kommt es so, dann hat die EU eine instabile Südgrenze und die Nato eine neue Aufgabe. Was ist der Grund der Instabilität dieser Nachbarstaaten? Die Deutungen gehen, besonders krass im Falle Libyens, weit auseinander. Da meint man, die Leute wollen hier wie anderswo Demokratie, dort heißt es, Al Kaida will dem Westen das Öl abgraben.

Das Militär: vom Garanten der staatlichen Unabhängigkeit zum Hemmnis der Entwicklung

Die südlichen und östlichen Mittelmeeranrainer von der Spitze Nordafrikas bis zum Bosphorus blicken auf Auseinandersetzungen mit Staaten des kapitalistischen industrialisierten Europas zurück, die in vielen Fällen in koloniale Beherrschung mündeten. In diesen Kämpfen, die in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zu staatlichen Unabhängigkeit führten – ein aus dieser Zeit übrig gebliebenes Problem ist die politische Entrechtung der Palästinenser –, spielte in jenen Ländern das Militär eine entscheidende Rolle. Es war der Garant der staatlichen Unabhängigkeit, und es wurde auch zum Motor der Modernisierung jener Staaten, das Militär entwickelte sich auch zur Wirtschaftsmacht.

Esgibt auch im alten Europa Beispiele

dafür, dass in Ländern an der Schwelle zur Industrialisierung die Militärorganisation eine führende Rolle einnimmt. Den modernen Massenheeren liefert die Industrie Waffen und Logistik. Der Tradition der herrschenden Klassen, z.B. dem Großgrundbesitz, verbunden, drängen sie doch auf die Entwicklung industrieller Sektoren, so z.B. die preußischen Junker auf Kanonen und Eisenbahnen. So war es für die Jungtürken naheliegend, besonders vom wilhelminischen Deutschland zu lernen (siehe dazu auch das in unserem Verlag erschienene *Türkei-Buch*¹⁾). Gerade in der Türkei zeigte sich, dass dieses militärisch dominierte Gefüge aus traditionellem Großgrundbesitz, Staatsverwaltung und Truppe den Staat, Wirtschaft und Kultur lange Jahrzehnte diktatorisch bestimmen kann. Leicht verbindet sich die Modernisierung durch Militärvorherrschaft mit vorgegangenen Stammesstrukturen: vorhandene Loyalitätsverpflichtungen und Anciennitätsprinzip lassen sich übertragen.

Erst im neuen Jahrtausend hat sich dieser Typus gesellschaftlicher Organisation als nicht mehr länger tragbares Entwicklungshindernis herausgestellt. Alle Staaten, die darauf gründen, sind instabil. Es ist die stürmische Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung, die die Leistungsschwäche dieser Konstellation deutlich macht und das Selbstbewusstsein der herrschenden Militärs untergräbt. Das ist ein langwieriger Prozess, so haben die Veränderungen in der Türkei, die man mit gutem Grund als Militärstaat bezeichnen konnte, keineswegs mit friedlichem Einlenken begonnen. Die erste Reaktion auf die fühlbare Entwicklungskrise war ein Militärputsch und die militärische Repression der kurdischen Bevölkerung. Erst langsam, letztlich in Folge des Drucks und der Chancen, die internationale Arbeitsteilung mit sich bringen, kommt eine Differenzierung von Armee, Zivilverwaltung und Wirtschaft in Gang, interessanterweise war dazu auch eine Hinwendung der religiösen Tradition zur kapitalistisch-rational betriebenen Wirtschaft erforderlich, Stichwort „grüner Kapitalismus“.

Viel spricht dafür, dass ein ähnlich gearteter Differenzierungsprozess sich derzeit in den krisengeschüttelten Ländern Nordafrikas abspielt, angetrieben durch deren unumkehrbare und unauflösliche Einbindung in die Weltwirtschaft. Aus der konkreten Gestalt dieser Beziehungen würden sich auch spezifische Probleme ergeben. So

war und ist z.B. für die Demokratisierung der Türkei die Internationalisierung des Arbeitsmarktes von allergrößter Bedeutung. Und wenn, wie es z.B. in Tunesien und Ägypten der Fall ist, Tourismus eine so große Rolle spielt, so liegt auf der Hand, dass sich Tourismusattraktionen nicht auf die gleiche Weise bewachen lassen wie etwa Ölfelder. Anders als die Ausbeutung etwa von Badestränden durch das Tourismusgeschäft kann die industrielle Ausbeutung von Bodenschätzen, was Personalbedarf und sonstige Logistik betrifft, von der Bevölkerung weitgehend abgeschottet werden. Von Interesse ist hier in allererster Linie die Verteilung der Einnahmen. Ölwirtschaft passt gut zum Staatsmonopol und das Staatsmonopol passt gut zur Militärdiktatur.

Trotzdem bewirkt die Einbindung jener instabilen Länder in die Weltwirtschaft, dass politische Normen und Verfahrensweisen wie „strikte Neutralität“ oder „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ fade klingen. Die restliche Welt war nämlich von vornherein in den libyschen Krieg eingemischt. Sie führt Gelder aus den libyschen Anlagen in das Land zurück oder blockiert sie. Sie holt ihre Bürger mit Schiffen und Flugzeugen aus der bedrohlichen Situation heraus. Sie setzt mit Territorien, in denen die libysche Staatsautorität gestürzt ist, den Handel fort oder blockiert. Mit gutem Grund weisen gerade konservative Kreise darauf hin, dass die Einrichtung einer Flugverbotszone der erste Schritt in Richtung einer Besetzung des Landes wäre, Kriegsschiffe aller möglichen Nationen operieren ohnehin vor den Küsten Nordafrikas.

Unter solchen schwer zu durchschauenden und wirren Verhältnissen stellt sich die Frage, wer legitimiert sein könnte, über legitimes und illegitimes Handeln im libyschen Bürgerkrieg zu richten. Dies ist nach der Satzung der UNO der Sicherheitsrat.

Ein Blick in die Geschichte der Staaten Nordafrikas lehrt aber, dass hier eine Institution aufgerufen ist, die positiv mit dem antikolonialen Kampf um staatliche Unabhängigkeit verbunden ist. Wenn die EU ihre Schritte strikt mit der Arabischen Liga abstimmt, hat sie eine Chance, diese Krise nachbarschaftlich zu bewältigen. Anders ist die Gefahr groß, dass die EU binnen kurzer Zeit eine Mittelmeerfront hat.

Martin Fochler, Alfred Küstler

1) Die deutsche Türkeipolitik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan, hrsg. Rudolf Bürgel, GNN Verlag Stuttgart, 1997

Kampf gegen Leiharbeit bei Coca-Cola Tunesien

Die Massenrevolte in Tunesien, die Ben Ali aus dem Amt gedrängt hat, hat auch die Machtverhältnisse in den Unternehmen verändert. Die Gewerkschaften spielten bei dem sozialen Aufruhr eine entscheidende Koordinierungs- und Organisierungsrolle. Beim tunesischen Abfüllbetrieb SFBT von Coca-Cola haben die Gewerkschaften die Gelegenheit ergriffen, ein Ende der Leiharbeit auszuhandeln und die missbräuchliche Verwendung von prekären Arbeitsverträgen einzudämmen. Am 1. Februar sprach die IUL (Internationaler Gewerkschaftsverband der Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Hotelarbeitnehmer/innen) mit Houcine Krimi, der bei der tunesischen Lebensmittelgewerkschaft für transnationale Unternehmen zuständig ist.

Wie haben die Coca-Cola-Beschäftigten auf die Massenproteste im Land reagiert?

Wir haben uns an allen Demonstrationen gegen die Diktatur beteiligt. Gleichzeitig haben wir die Leiharbeitskräfte organisiert, damit sie eine Lösung für ihre entsetzliche Situation verlangen. Sie arbeiten mit Zeitverträgen für eine Leiharbeitsagentur, wo unsere Gesamtarbeitsverträge nicht gelten, wo keine Sozialbeiträge geleistet werden und wo sie keine Arbeitsplatzsicherheit haben. Das hindert sie auch daran, unserer Gewerkschaft beizutreten, da sie Gefahr laufen würden, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Das ist letztes Jahr Beschäftigten bei BST passiert, Coca-Colas Vertriebs-tochtergesellschaft. Wir hatten eine einzige Forderung: diese Leiharbeitskräfte als unmittelbare SFBT-Beschäftigte anzuerkennen. Nach tunesischem Recht müssen Arbeitnehmer/innen, die seit mehr als vier Jahren beschäftigt sind, einen Dauerarbeitsvertrag erhalten; wir forderten, dass diese Arbeitskräfte unmittelbar von Coca-Cola beschäftigt werden, und nicht von der Agentur. Für die anderen, mit weniger als vier Jahren Betriebszugehörigkeit, forderten wir, dass sie mit Zeitverträgen unmittelbar von SFBT beschäftigt und nach vier Jahren fest angestellt werden.

Welche Maßnahmen hat die Gewerkschaft auf Fabrikebene ergriffen?

Um das Problem der Leiharbeit kümmern wir uns seit dem letzten Jahr, es war aber sehr schwer, Fortschritte zu erzielen. Jetzt aber, angesichts der neuen Situation, traten die Arbeitnehmer/innen – sowohl die Leiharbeitnehmer/innen als auch die fest angestellten Kräfte – zur Unterstützung ihrer Forderungen in den Streik, zuerst in Meghrine, einem der zehn Coca-Cola-Abfüllbetriebe im Land. Sie streikten

eine ganze Woche. Wir haben auch die Arbeitsaufsicht eingeschaltet, was den Bemühungen um eine positive Lösung Nachdruck verliehen hat.

Wie hat die Coca-Cola-Betriebsleitung auf den Streik und die Forderungen reagiert?

Die Verhandlungen in Meghrine waren wirklich schwierig! Die Betriebsleitung erklärte, sie könnte den Abfüllbetrieb in Meghrine schließen, wenn wir zu viele Forderungen stellten.

Sie versuchten auch auf Zeit zu spielen mit Bemerkungen wie „wir werden das klären, wenn sich die Lage beruhigt“ usw. Wir haben ihnen aber nicht geglaubt, schließlich waren sie ja nicht zu einer Lösung des Problems bereit gewesen, als alles ruhig war, bevor die Proteste angingen. Da der Streik aber anhielt, gelang es uns, sie zur Unterzeichnung einer Vereinbarung zu bringen, die alle unsere Forderungen erfüllt: 78 Beschäftigte werden fest angestellt werden. Weitere 32 Beschäftigte – mit einer Betriebszugehörigkeit von weniger als vier Jahren – werden unmittelbare Zeitverträge bei Coca-Cola bekommen.

Was passierte dann?

Wir haben in anderen Fabriken mobil gemacht, um dieses Modell auf den Rest von SFBT auszudehnen. Mehr und mehr Fabriken schlossen sich den Protesten und Streiks an. Am 1. Februar mobilisierten wir mehr als 300 Beschäftigte dieser Betriebe für eine Kundgebung vor der SFBT-Zentrale, wo die Verhandlungen stattfanden.

Als der Betriebsleitung klar wurde, dass die Protestwelle weitergehen würde, kamen wir rasch zum Ziel. Wir haben eine Vereinbarung unterzeichnet dahingehend, dass in keinem Betrieb der SFBT-Gruppe mehr Leiharbeitsagenturen eingesetzt werden: Soft Drinks, der Brauerei, der Molke- und sogar in den Bars und Cafés, die der Gruppe gehören, was dem Modell der Vereinbarung von Meghrine folgt. Insgesamt werden mehr als 1 000 Leute von dem Unternehmen unmittelbar auf Dauer eingestellt werden. Weitere 1 000 Leute werden einen unmittelbaren Zeitvertrag bei SFBT erhalten und unter die Kollektivvereinbarung fallen.

Wie geht es weiter?

Wir werden die Umsetzung der Vereinbarung sorgfältig überwachen. Wir werden dafür sorgen, dass alle diese Arbeitnehmer/innen der Gewerkschaft beitreten, und damit werden wir sehr viel stärker sein.

Zur Zeit führen wir solche Arbeiten auch in anderen Sektoren durch, und wir erwarten, dass wir bald mehr solche Vereinbarungen erzielen werden.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 7.2.11

Schikanen gegen US-Gewerkschaften

Gewerkschaften haben es schwer in den USA. Gerade mal knapp acht Prozent der Beschäftigten im Privatsektor sind gewerkschaftlich organisiert. Anders als in Deutschland gibt es dort keine Flächentarifverträge. Stattdessen müssen die Gewerkschaften mit jeder einzelnen Firma Tarifverträge aushandeln. Voraussetzung dafür ist es, dass die Mehrheit der Belegschaft sich für die Vertretung durch die Gewerkschaft ausspricht. Viele Unternehmen in den USA versuchen massiv, Gewerkschaften herauszuhalten. Eine boomende Branche von Beratungs- und Rechtsanwaltsfirmen hat sich dem „Union Busting“ verschrieben. 82 Prozent der Unternehmen in den USA heuern Anti-Gewerkschaftsberater an, so eine Studie des „American Rights at Work Fund“. Alle 23 Minuten wird in den USA jemand wegen gewerkschaftlichen Engagements entlassen. 49 Prozent der Unternehmen drohen mit der Schließung des Betriebs, nur zwei Prozent tun es wirklich. Die Obama-Regierung wollte mit dem „Employee Free Choice Act“ die Bedingungen für die gewerkschaftliche Organisation verbessern. Angesichts der Machtverhältnisse im US-Kongress ist das aber gescheitert.

Quelle: www.einblick.dgb.de, Februar 2011

IG Metall will Autogewerkschaft in den USA unterstützen

Gewerkschaften in den USA werden behindert, eingeschüchtert und mit juristischen Tricks ausgebremst. Das reguläre Wahlverfahren zur Organisation eines Betriebs ist tückisch. Immer öfter versuchen Gewerkschaften daher, mit den Arbeitgebern freiwillige Vereinbarungen für faire Wahlen im Betrieb abzuschließen. So wie die Automobilgewerkschaft UAW das nun in den US-Werken deutscher Autohersteller angeht. Da das gesetzliche Wahlverfahren steinig ist, versuchen Gewerkschafter immer häufiger, eine Neutralitäts- und Anerkennungsvereinbarung mit dem Arbeitgeber abzuschließen. Der Arbeitgeber ermöglicht der Gewerkschaft eine Unterschriftensammlung („Card Check“) in der Belegschaft. Wenn die Mehrheit die Gewerkschaft unterstützt, erkennt der Arbeitgeber die Gewerkschaft an.

Die Gewerkschaft UAW (United Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers of America) etwa hat Grundprinzipien für solche Vereinbarungen entwickelt: Beide Seiten verpflichten sich zum fairen Umgang miteinander, um den Beschäftigten freie und faire Gewerkschaftswahlen im Betrieb zu ermöglichen. Die wichtigste Voraussetzung: Der Arbeitgeber verhält sich absolut neutral – und ge-

währt der Gewerkschaft Zugang in den Betrieb und zu Versammlungen. Im Januar hat die UAW nun eine Kampagne in den Werken ausländischer Autohersteller gestartet, die diesen Grundprinzipien der Anerkennung freier und fairer Wahlen folgt. Die IG Metall will die Kampagne unterstützen. Und auch die deutschen Betriebsräte, etwa der Daimler-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Erich Klemm, haben ihre Unterstützung zugesagt. „Wir haben das größte Interesse daran, dass die UAW in ihrem Bemühen um die Organisation des Mercedes-Benz Werks Tuscaloosa erfolgreich ist. Es ist aus unserer Sicht höchst bedauerlich, dass uns in diesem amerikanischen Werk bislang die direkten Ansprechpartner fehlen“, sagt Klemm. „Die bei Daimler weltweit gültigen Grundsätze zur sozialen Verantwortung von 2002 sichern den Beschäftigten in allen Werken auf dem Globus Koalitionsfreiheit zu. Wir erwarten selbstverständlich, dass das Unternehmen sich an diese Vereinbarung hält.“ Der neue UAW-Vorsitzende Bob King kommt in diesen Wochen mehrfach zu Gesprächen nach Deutschland. Dort wird er sich auch mit den deutschen Auto-Betriebsräten treffen.

<http://www.igmetall.de>, 3.2.11

Lehrerproteste in Wisconsin

Den öffentlich Beschäftigten im US-Staat Wisconsin drohen massive Kürzungen. Der neue republikanische Regierungschef von Wisconsin, Scott Walker, will, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zukünftig mehr Geld für ihre Renten- und Krankenversicherung zahlen. Lehrern und anderen öffentlich Beschäftigten drohen dadurch Einkommensverluste von sieben Prozent. Außerdem will Walker Tarifverhandlungen zukünftig auf Gehaltsfragen und Inflationsausgleich beschränken. Nicht nur in Wisconsin stehen die öffentlich Bediensteten und ihre Gewerkschaften unter Druck. Angesichts steigender Schulden und klammer Kassen in vielen US-Bundesstaaten blasen konservative Politiker und Medien jetzt zum Angriff auf soziale Rechte und Errungenschaften der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. „Wir sind pleite“, behauptet Walker und verweist darauf, dass Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft weit mehr für Altersversorgung und Krankenversicherung ausgeben als öffentlich Bedienstete. Falls seine Pläne nicht umgesetzt werden, so droht er, müssen 6 000 Menschen entlassen werden. In Madison, der Hauptstadt Wisconsins, gingen letzte Woche Zehntausende wütende Lehrer und andere öffentlich Bedienstete dagegen auf die Straße. Wisconsin galt bis vor kurzem noch als progressiver Bundesstaat mit gewerkschaftsfreundlicher Gesetzgebung.

Die konservative Tea-Party-Bewegung und der mit ihrer Hilfe vor sechs Wochen ins Amt gekommene Walker wollen das ändern und in Wisconsin ein Exempel statuieren. Der defizitäre Haushalt soll auf Kosten der öffentlich Beschäftigten saniert werden. Gleichzeitig will Walker per Gesetz die Rechte der Gewerkschaften massiv beschneiden. Falls die Republikaner in Wisconsin, wo Gewerkschaften traditionell stark sind, durchkommen, steht zu befürchten, dass ähnliche Angriffe auf öffentliche Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften auch in anderen US-Bundesstaaten drohen.

Quelle: <http://www.gew.de>, 21.2.11

IGB fordert Schutz von Wanderarbeitern

Zum Internationalen Tag der Migranten am 18. Dezember hat der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) die Regierungen weltweit aufgerufen, die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familienangehörigen zu ratifizieren. „Wanderarbeiter sind regelmäßig Ziel rassistischer und fremdenfeindlicher Angriffe in den Ländern, in denen sie leben“, so die Generalsekretärin des IGB, Sharan Burrow. „Die Regierungen der betroffenen Länder sollten das Problem angehen und Schutzmechanismen schaffen, um sicher zu stellen, dass die Rechte der Wanderarbeiter auf dem Territorium ihres Staatsgebiets geachtet werden.“ Der IGB verurteilt in diesem Zusammenhang auch die Rolle von Arbeitsvermittlern und anderen betrügerischen Beschäftigungsagenturen. Diese arbeiten in einem rechtlichen Vakuum, und die Regierungen der Herkunftsländer stellen sich diesen Praktiken gegenüber oft blind. Der IGB fordert eine weltweite Regelung für Wanderarbeit, in der die fundamentalen Rechte der Wanderarbeiter implementiert sind. In diesem Rahmen muss es einen Dialog zwischen Herkunfts- und Zielländern geben, der dazu dient, die Rechte zu sichern. Von daher ist es von vitalem Interesse, die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familienangehörigen überall auf der Welt zu ratifizieren. Der IGB hat 301 Mitgliedsorganisationen in 151 Ländern und Hoheitsgebieten und vertritt 176 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Präsident ist der DGB-Vorsitzende Michael Sommer.

Quelle: „Aktiv + Gleichberechtigt Februar 2011“

Internationaler Frauentag: Landarbeiter/innen in Simbabwe

Die IUL und Amnesty International haben sich zu einer Aktion am Internationalen Frauentag zusammengeschlossen, um auf die Lage der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte

in Simbabwe und der im Exil lebenden Führerin ihrer Gewerkschaft, Gertrude Hambira, aufmerksam zu machen. Mitglieder und Funktionäre/Funktionärinnen der Allgemeinen Gewerkschaft der Land- und Plantagenarbeiter/innen von Simbabwe (Gapwuz) sind aufgrund ihrer Tätigkeit zur Verteidigung der Rechte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ständig Opfer von Einschüchterung, Belästigung und Gewalt seitens der Polizei von Simbabwe, Schlägertrupps der herrschenden Partei und „Kriegsveteranen“ gewesen. Seit 2000 sind Zehntausende von landwirtschaftlichen Arbeitskräften Zielscheibe von Gewalt, und viele sind gewaltsam von gewerblichen Farmen vertrieben worden und haben so ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlagen verloren. Die Generalsekretärin der Gapwuz, Gertrude Hambira, musste im Februar 2009 aus Simbabwe fliehen, als sie von staatlichen Beamten verfolgt wurde. Zwischen November 2009 und Februar 2010 wurde ihr Heim von unbekannten bewaffneten Männern überfallen, ihre Familie wurde eingeschüchtert, und die Büros der Gewerkschaft wurden durchsucht. Im Februar 2010 wurde Hambira in das Polizeihauptquartier in Harare beordert. Eine Gruppe von 17 hochrangigen Polizei-, Luftwaffen- und Nachrichtenspezialisten verhörte sie im Zusammenhang mit einem Bericht und einer Dokumentation, die von der Gapwuz veröffentlicht worden waren und Zeugenaussagen aus erster Hand zu von staatlichen Agenten begangenen Morden, Folterungen und Gewalttätigkeiten an landwirtschaftlichen Arbeitskräften enthielten. Um die Aufmerksamkeit auf diese Missbräuche zu lenken und dazu beizutragen, einen Wandel zu bewirken, stellen die IUL und Amnesty International an die Regierung Simbawes adressierte Postkarten zur Verfügung, auf denen die Behörden aufgefordert werden, Gertrude Hambiras sichere Rückkehr in das Land zu garantieren, die Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte einzustellen, es den Gapwuz-Mitgliedern und anderen Menschenrechtsverteidigern zu erlauben, ihre Arbeit ohne Furcht vor Einschüchterung, Belästigung und Gewalt zu tun.

Wir fordern alle Verteidiger der Menschen- und Gewerkschaftsrechte nachdrücklich auf, diese Postkarten in großen Mengen zu verteilen. Sie sind an das Innenministerium in Harare adressiert, können aber auch individuell oder kollektiv unterzeichnet und zugestellt oder mit der Post an eine simbabwische diplomatische Vertretung in eurem Land geschickt werden.

Quelle: iuf.org, 22.2.11

Dresden: Nazi-Aufmarsch erfolgreich verhindert – Polizei steht als schlechter Verlierer da. Friedensratschlag: Gewaltdiskussion lenkt ab!

Dr. Peter Strutynski schrieb an die Aktivisten der Friedens- und Antifa-Bewegung: Die Strapazen haben sich gelohnt: Der Nazi-Aufmarsch in Dresden konnte erfolgreich verhindert werden. Über 20 000 Demonstranten – so viele wie nie zuvor – blockierten den rechten Spuk. Der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag vermeldet auch, es habe leider auch unschöne Begleiterscheinungen gegeben, die von einem Teil der Presse genüsslich gegen angebliche „linksextreme Gewalt“ etc. ausgeschlachtet wird. Der Wortlaut der Presseerklärung: „Wenn sich über 20 000 Menschen aus Dresden und aus dem ganzen Land einem Aufmarsch gewalttätiger Anhänger faschistischer Ideologien in den Weg stellen, dann ist das für sich genommen schon eine gute Sache. Noch besser ist es, wenn der Aufmarsch der Alt- und Neonazis tatsächlich verhindert werden kann. Und das war in Dresden der Fall. Ein Sieg der Demokratie! ...

Leider wurde der Erfolg der Demokraten sowohl am Samstag während der Aktionen als auch im Nachhinein getrübt durch verschiedene Gewalt-Ereignisse. Sie gehen einerseits auf das Konto der Polizei. Nachdem sich nämlich an zahlreichen Punkten der Stadt größere Menschenmengen zu friedlichen Blockaden zusammengefunden hatten, konnte die Polizei die vom Verwaltungsgericht verfügte Anweisung, den Nazis den Weg frei zu machen, nicht mehr durchsetzen. Anstatt sich einzugestehen, dass der Einsatz polizeilicher Gewalt nur zur Eskalation der Situation führen müsse und sich von daher verbiete, ging die Polizei an verschiedenen Stellen mit Gewalt gegen die Demonstranten vor. Dazu beigetragen hatten auch die im Vorfeld kolportierten Meldungen, dass viele „gewaltbereite Chaoten“ oder „Linksextreme“ in die Stadt einfallen würden. Die dann erzeugten „Gewaltexzesse“ gehören also zu einem Teil in die Kategorie der „Self-fulfilling-Prophecies“.

Bedauerlich an diesen Vorfällen ist indessen auch, dass sich zu diesem erwarteten Szenario auch immer wieder genügend Grüppchen finden, die – möglicherweise auch durchsetzt und angespornt von Spitzel-Provokateuren – dieses „Spiel“ mitmachen und der Polizei Anlässe oder Vorwände zum Eingreifen bieten. Das liefert den konservativen Politikern und den Mainstream-Medien die Bilder, die sie zur Diffamierung der Linken und der Antifaschisten brauchen. Sie lenken ab von den Inhalten und politischen

Botschaften der demokratischen Proteste ... Die Polizei erwies sich auch als schlechter Verlierer, als sie am Abend, also Stunden nach dem Erfolg der Demokraten, das Büro von „Dresden nazifrei“ im „Haus der Demokratie“ stürmte, wahllos andere Bürotüren im Haus aufbrach und ebenso wahllos Menschen festsetzte sowie Computer und andere „Beweismittel“ (Beweise wofür? Für den erfolgreichen Protest?) mitnahm. Der Bundesausschuss Friedensratschlag ist empört über diese – angeblich von der Staatsanwaltschaft „mündlich“ angeordnete – Aktion (ein Durchsuchungsbefehl lag nicht vor!) und fordert eine Beendigung der Strafverfolgung von Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag:
Peter Strutynski (Sprecher), www.nrw.vvn-bda.de

Initiative der Menschlichkeit! Abgeordnete fordern mehr Entwicklungshilfe!

TÜBINGEN. EntwicklungspolitikerInnen aus allen Bundestagsfraktionen haben Ende Februar 2011 in Berlin einen gemeinsamen Aufruf vorgestellt, in dem sie eine deutliche Aufstockung der Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe fordern. Sie verweisen auf die grundlegenden Werte der internationalen Gemeinschaft wie Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit und Solidarität, um ihre Forderung zu untermauern, dass Deutschland den 1970 von den Vereinten Nationen beschlossenen Richtwert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens endlich verwirklicht. „Mit ihrer Initiative stellen diese Politiker und Politikerinnen die Menschlichkeit über die kurzfristigen Einzelinteressen!“ so Joachim Ruppel, Sprecher der

katholischen Säule des Aktionsbündnis gegen Aids und HIV/Aids Experte des Missionsärztlichen Instituts in Würzburg.

Und weiter: „Das ist auch dringend geboten, da Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf und wesentliche Verantwortung dafür trägt, dass die Europäische Union ihr Zwischenziel für 2010 deutlich verfehlt hat!“ Hat doch Deutschland im Jahr 2009 lediglich 0,31% Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe aufgebracht, wenn wir die realen Finanztransfers betrachten.

Auch die internationalen Versprechen, die Bewältigung der HIV-Krise mit einem angemessenen Finanzierungsbeitrag zu unterstützen, müssen eingehalten werden.

Das bedeutet zwingend, von den Versuchen Abstand zu nehmen, dem Globalen Fonds die Unterstützung zu entziehen und damit die Durchführung lebensrettender Gesundheitsmaßnahmen zu gefährden.

www.aids-kampagne.de

Weltweiter Aktionstag: Finanztransaktionssteuer noch in 2011!

BERLIN. Mit einem weltweiten Aktionstag am 17.2.2011 verlieh Attac zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen rund um den Globus ihrer Forderung nach einer internationalen Finanztransaktionssteuer Nachdruck. Mehr als 100 zivilgesellschaftliche Organisationen in 16 Ländern beteiligen sich mit vielfältigen Aktionen am „Global Day of Action“. In vielen Ländern demonstrieren Aktivistinnen und Aktivisten vor den Botschaften jener Länder, die der Steuer bisher unentschieden oder kritisch gegenüber stehen. In Berlin zogen Akti-



vistinnen und Aktivisten des „Steuer gegen Armut“-Bündnisses als Robin Hoods verkleidet vor die Vertretungen Italiens, Großbritanniens, Spaniens und Südafrikas und übergaben Schreiben an die Regierungen dieser Länder. Am frühen Abend erwartete die Besucher der Berlinale eine Überraschung: Mit einer Stretchlimousine fuhren die Robin Hoods vor mehreren Kinos vor und präsentierten ihre Forderung nach einer Steuer gegen Armut. Am gleichen Tag startete eine weltweite Unterschriftensammlung für die Einführung der Finanztransaktionssteuer. Sie läuft bis zum G20-Gipfel im November. In einem Brief fordern darüber hinaus 100 Organisationen von allen Kontinenten den französischen Staats- und diesjährigen G20-Präsidenten Sarkozy auf, eine hochrangige Konferenz einzuberufen, um über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – mindestens in Europa – zu beraten.

www.attac-netzwerk.de

Aktionstag gegen Asylbewerberleistungsgesetz am 22. März

FRANKFURT A.M. In dem Aufruf von antirassistischen Gruppen und Flüchtlingsinitiativen heißt es: „An vielen Orten in ganz Deutschland wehren sich Flüchtlinge mit Streiks und Protesten gegen unerträgliche Lebensbedingungen. Im Jahr 2010 haben sich allein in Bayern über 500 Flüchtlinge an Hungerstreiks und Essenspaketboykotten beteiligt. In Thüringen haben Flüchtlinge durch ihren massiven Protest die Schließung des Isolationslagers Katzhütte erzwungen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden die menschenunwürdigen Zustände im Lager Horst durch einen Hungerstreik an die Öffentlichkeit gebracht. Dies sind nur einige Beispiele für die Flüchtlingskämpfe im gesamten Bundesgebiet. Aus diesen Kämpfen wollen wir eine bundesweite Kampagne gegen die rassistische Sondergesetzgebung starten.“

Als ersten Schritt haben wir auf der antirassistischen Konferenz in Frankfurt im Dezember 2010 einen bundesweiten Aktionstag am Dienstag, den 22. März 2011, gegen das Asylbewerberleistungsgesetz, die so genannte „Residenzpflicht“, Lagerisolation und diskriminierende Sondergesetzgebung beschlossen ... Wir wollen gemeinsam mit möglichst vielen Menschen in möglichst vielen Städten und Lagern mit einem kraftvollen bundesweiten Aktionstag am 22. März aktiv werden! Organisiert Streiks, Demonstrationen, Go-Ins, Besetzungen, Podiumsdiskussionen, Lagerversammlungen, Pressekonferenzen, Besuchsdelegationen, Lagerdokumentationen, Ausstellungen oder andere kreative Formen des Protests gegen das Asylbewerberleis-

tungsgesetz, die „Residenzpflicht“ und andere Sondergesetze! Als weiteren Schritt wollen wir im Juni dieses Jahres mit einem „Anti-Isolations-Camp“ direkt vor Ort im Regierungsviertel in Berlin geballten Druck auf die parlamentarischen EntscheidungsträgerInnen ausüben.“

www.deutschland-lagerland.de

Gesicherte Korridore für Flüchtlinge schaffen!

BERLIN. Die deutsche Bundesregierung muss sich im Rahmen der Europäischen Union für gesicherte Korridore für Flüchtlinge aus Libyen und den Nachbarstaaten einsetzen. Das fordert die ärztliche Friedensorganisation IPPNW anlässlich der schweren Menschenrechtsverletzungen des Gaddafi-Regimes an seiner Bevölkerung. Das Aufnahmeverfahren für Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union muss humanitären Standards genügen. Die Abschiebung von libyschen Flüchtlingen durch Italien verletzt die Einhaltung des Zurückweisungsverbots. Alle Personen, die sich in der Hoheitsgewalt eines Mitgliedstaates befinden, stehen unter dem Schutz der Europäischen Menschenrechtskonvention. Sie haben das Recht auf die notwendige humanitäre und medizinische Versorgung sowie einen effektiven Zugang zu Rechtsmitteln. Allein seit Mai 2009 hat die italienische Küstenwache laut Aussage von Pro Asyl über 2 000 Bootsflüchtlinge aus Eritrea, Somalia und anderen Verfolgerstaaten in Haftlager Gaddafis zurückgeschickt. Sie wurden dort misshandelt und gefoltert. „Europas jahrelange Zusammenarbeit mit dem libyschen Regime ist beschämend und inhuman. Hier werden elementare Menschenrechtsstandards zugunsten von Flüchtlingsabwehr und ‚Anti-Terrorkampf‘ geopfert“, erklärt Matthias Jochheim, stellvertretender IPPNW-Vorsitzender.

www.ippnw.de

Anti-Atom-Menschenkette am 12. März

STUTTGART. Rund 10 000 Atomkraftgegner demonstrierten am 26.2.2011 in 40 Städten mit Menschenketten gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Zugleich riefen sie zur Teilnahme an der bundesweiten Menschenkette am 12. März zwischen dem Atomkraftwerk Neckarwestheim und Stuttgart auf. Zu der rund 45 Kilometer langen Anti-Atom-Kette zwei Wochen vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg werden zehntausende Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet erwartet.

Nachdem Baden-Württembergs Ministerpräsident Mappus längere AKW-Laufzeiten massiv unterstützt hat, fordert ein breites Bündnis von Organisationen am 12. März von einer

neuen Landesregierung einen Politikwechsel. Diese müsse den Stromkonzern EnBW mit harten Sicherheitsauflagen zur Abschaltung seiner Atommeiler zwingen und damit zum Vorbild für andere Bundesländer werden. Baden-Württemberg komme damit für die künftige Atompolitik in Deutschland eine Schlüsselrolle zu. „Kein Atomkraftwerk erfüllt den heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Deshalb fordern wir die künftige Landesregierung in Baden-Württemberg auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und als oberste Atomaufsichtsbehörde und Miteigentümerin des Betreiberkonzerns EnBW für die Abschaltung der Atommeiler zu sorgen“, sagte Berthold Frieß, BUND-Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg. „Baden-Württemberg hat sich gemeinsam mit Bayern und Hessen für längere AKW-Laufzeiten stark gemacht wie kein anderes Bundesland. Ein energiepolitischer Kurswechsel im Südwesten würde das Aus für die Pro-Atom-Allianz im Süden bedeuten.“

www.anti-atom-kette.de

Proteste anlässlich des Besuchs von EU-Innenkommissarin Malmström

BERLIN. Am 16.2.2011 haben besorgte Bürgerinnen und Bürger anlässlich des Besuchs der EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström in Berlin vor dem Veranstaltungsort des Europäischen Polizeikongresses protestiert. Sie kritisierten vor allem Malmströms mangelnde Unterstützung für ein Ende der EU-weiten Vorratsdatenspeicherung sowie die europaweit geplanten Netzsperrn und die von Frau Malmström befürwortete Einführung einer anlasslosen umfassenden Fluggastdatenspeicherung. Zur Kundgebung vor dem Berliner Congress Centrum hatten der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung, die Grüne Jugend, das Gen-ethische Netzwerk, die Humanistische Union und die Piratenpartei aufgerufen.

Ab 15 Uhr führten AktivistInnen des Gen-ethischen Netzwerks eine öffentliche DNA-Entnahme bei den Teilnehmern des 14. Europäischen Polizeikongresses durch. Ein überdimensioniertes Wattestäbchen überwachte die Entnahme von DNA-Material, zu der sich trotz der oft gesagten Floskel „Wer nichts zu verbergen hat...“ nur sehr wenige Teilnehmer des Polizeikongresses bereit erklärten. Die Aktion war Teil der Kampagne „DNA-Sammelwut stoppen! Finger weg von meiner DNA“, mit der das Netzwerk auf die wachsenden Gen-Datenbanken deutscher Polizeibehörden und ihre europäübergreifende Vernetzung aufmerksam machen will.

www.vorratsdatenspeicherung.de

Volksentscheid gegen RWE und Veolia erfolgreich

665.713 Berliner stimmten am 13. Februar in einem Volksentscheid für die Offenlegung aller Verträge und Nebenabreden rund um die 1999 erfolgte Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Damit ist die Kampagne „Wasserprivatisierung? Nein Danke!“ der erste erfolgreiche Volksentscheid in Berlin. Zwei vorherige Versuche – der Volksentscheid zum Weiterbetrieb des Berliner Flughafens Tempelhof, betrieben im wesentlichen von CDU, FDP und IHK, und der von den beiden christlichen Kirchen und der CDU unterstützte Volksentscheid für die Gleichstellung von Religions- und Ethikunterricht an den Berliner Schulen – waren gescheitert. Damit ist der Volksentscheid zum Thema Wasserbetriebe auch ein Signal für einen Stimmungsumschwung in der Gesellschaft im Umgang mit öffentlichen Unternehmen.

Teilprivatisierung der Wasserwerke: Die Vorgeschichte

Die Berliner Wasserwerke sind eine Anstalt des öffentlichen Rechts und nach eigenen Angaben der größte öffentliche Wasserbetrieb in Europa. 4.500 Beschäftigte arbeiten in dem Unternehmen, das als regionaler Monopolbetrieb für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im gesamten Land zuständig ist. 2009 erzielten die Wasserbetriebe einen Umsatz von 1,2 Milliarden Euro und ein Ertrag vor Zinsen und Steuern (EBIT) von 391 Millionen Euro.

1999 hatte die damalige große Koalition aus SPD und CDU, vertreten durch Finanzsenatorin Fugmann-Heesing (SPD) und Wirtschaftssenator Branoner (CDU), 49,9% der Anteile an dem Landesunternehmen an den Energiekonzern RWE und den französischen Konzern Veolia verkauft. Beide Konzerne erhielten für zusammen 1,7 Milliarden Euro je 24,95 Prozent Anteile sowie eine garantierte lukrative Rendite. Seitdem stiegen die Wasserpreise in Berlin um gut 35 Prozent. Alle Parteien im Abgeordnetenhaus, die IHK und andere sind sich heute einig, dass dieser Vertrag ein Fehler war.

Der Berliner Wassertisch

„Der Berliner Wassertisch ist ein lokales Netzwerk von VertreterInnen unterschiedlicher Gruppen, Initiativen und interessierter BürgerInnen, die sich unter dem gemeinsamen Thema ‚Wasser gehört uns allen – Wasser ist ein Menschenrecht‘ zusammengefunden haben. Die profitorientierte Privatisierung des

Wassers bedeutet letztlich die Vermarktung des Lebens. Als lokales Netzwerk konzentrieren wir uns deshalb zur Zeit auf das Ziel, die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe aufzuheben.“

So stellt sich das Bündnis für den Volksentscheid auf seiner Internet-Seite vor. Zu seiner Unterstützung gehören Organisationen wie die Grüne Liga, Attac, Verbraucherzentrale, die Grünen, Teile der Linken, kleine Teile der SPD, die Piratenpartei, die GEW, der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum, der Bund der Steuerzahler und Mietervereine. Man geht nicht falsch, wenn man das Netzwerk parteipolitisch vor allem den Grünen zuordnet.

Im Oktober 2010 hatte der „Wassertisch“ bereits 280 000 Stimmen für sein damaliges „Volksbegehren“ (eine Vorstufe des jetzt erfolgten „Volksentscheids“) zur Offenlegung aller Verträge rund um die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe erreicht. SPD und Linke hatten diese Forderung unterstützt und im Abgeordnetenhaus zusätzlich ein Gesetz verabschiedet, das festlegte, dass Verträge im Bereich der Daseinsvorsorge in Zukunft immer öffentlich sein müssen. Im November 2010 stellte der Senat außerdem 700 Seiten Verträge mit RWE und Veolia ins Internet. Damit war aus Sicht der den Senat tragenden Parteien das Anliegen des Volksbegehrens erfüllt.

Den Trägern des „Berliner Wassertisches“ aber war das nicht genug. Sie behaupteten, es gäbe weitere „Geheimverträge“, z.B. Gewinngarantien für die beiden Konzerne im Falle eines Rückkaufs ihrer Anteile durch das Land, und starteten ihren nun erfolgreichen Volksentscheid. Dessen Kern ist die Forderung, alle noch nicht veröffentlichten Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden sofort zu veröffentlichen, und sie, sofern sie nicht veröffentlicht sind oder innerhalb eines Jahres veröffentlicht werden, für „unwirksam“ zu erklären. Damit soll weiter Druck auf RWE und Veolia aufgebaut werden, um sie zur Rückgabe ihrer Anteile zu bewegen.

Ziele des Berliner Senats

Der Berliner Senat hatte zu dem Volksbegehren eine zustimmende, zum Volksentscheid aber eine eher skeptische Position eingenommen. Die mit dem Volksentscheid inhaltlich verbundene Forderung nach Rekommunalisierung öffentlicher Güter wurde von der Linken unterstützt, bei der SPD sind die Positionen dazu bekanntlich zwiespäl-

tig. Wirtschaftssenator Harald Wolf kritisiert ohnehin seit langem die privilegierte Stellung von RWE und Veolia bei den Wasserbetrieben, drängt auf eine Neuverhandlung der Verträge und/oder einen Rückkauf der Anteile durch das Land und hat beim Bundeskartellamt ein Verfahren auf Überprüfung der Preise der Wassergesellschaft eingeleitet, bei dem in diesem Jahr mit einer Entscheidung gerechnet wird. Spätestens 2012, so die Ankündigung des Wirtschaftssenators, würden die Wasserpreise in Berlin sinken.

Der nach dem erfolgreichen Volksbegehren vom „Wassertisch“ betriebene Volksentscheid dagegen war aus Sicht des Senats überflüssig und teilweise rechtlich bedenklich. Noch nicht veröffentlichte Verträge gäbe es nach Meinung des Senats nicht, und ob die pauschale Unwirksamklärung nicht veröffentlichter Verträge möglich sei, sei rechtlich zweifelhaft. Senator Wolf und der Landesvorsitzende der Linken, Klaus Lederer, hatten deshalb im Vorfeld erklärt, sie würden bei dem Volksentscheid nicht mitstimmen.

Nach dem Volksentscheid stellten sich im Abgeordnetenhaus dann alle Parteien als Sieger dar. Grüne, CDU und FDP stuften den Entscheid als Misstrauensvotum gegen den Senat ein. Die Grünen warfen der Linken zudem vor, diese betrieben den Rückkauf der RWE- und Veolia-Anteile „egal, was es kostet“. SPD-Bürgermeister Wowereit und Sprecher der Linken erklärten demgegenüber, der Volksentscheid sei ein Zeichen für mündige Bürger und werde selbstverständlich umgesetzt. Zunächst soll ein unabhängiges Gremium einberufen werden, dass im Auftrag des Senats nachforscht, ob irgendwo noch unveröffentlichte Verträge liegen. Dann sollen auch diese veröffentlicht werden. Das Risiko, dass RWE und/oder Veolia dagegen klagen, will der Senat in Kauf nehmen.

Mehr als eine Berliner Entscheidung

Der Erfolg des Volksentscheids wird allgemein als Hinweis auf eine sich ändernde Grundstimmung in der Gesellschaft beim Thema öffentliche Güter bewertet. Die Zeiten, da Konzerne wie RWE und Veolia mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen blendende Geschäfte machen konnten, scheinen vorbei. „Der Staat kehrt zurück“, bewertet die „Berliner Zeitung“ den Ausgang des Volksentscheids und verweist auf ähnliche Erfahrungen in Potsdam, Hamburg und anderen Kommunen.

Die Stadt Potsdam hatte Teile ihres Wasserbetriebs 1997 an das Unternehmen „Eurowasser“ verkauft. „Eurowasser“ hatte die Kredite von 167 Millionen Euro, die der Konzern für den Kauf seiner Anteile aufgenommen hatte, nach dem Kauf komplett dem Potsdamer Wasserbetrieb aufgebürdet. Die Wasser-

preise in Potsdam waren daraufhin noch über Berliner Niveau hochgeschossen. 2000 hatte die Stadt unter dem damaligen OB und heutigen Brandenburger Regierungschef Platzeck ihre Anteile an dem Wasserbetrieb zurückgekauft. Der weitere Anstieg der Wasserpreise konnte so gestoppt werden. Den von Eurowasser 1997 aufgenommenen Kredit dagegen zahlen die Stadtwerke Potsdam noch bis 2017 ab.

Das Land Hamburg hatte 2002 seine Elektrizitätswerke an den schwedischen Konzern Vattenfall verkauft. Ole von Beust, damals Bürgermeister, halte das inzwischen, so die Berliner Zeitung, „für einen seiner größten Fehler“. Seit 2007 wurden bundesweit 40 Stadtwerke neu gegründet. In Hamburg entstand 2009 die Neugründung „Hamburg

Energie“. In Berlin wird über ähnliche Schritte nachgedacht.

Das alles zeigt: Die Zeiten von „privat vor Staat“ gehen zu Ende. Die Anhänger einer Privatisierung öffentlicher Unternehmen werden immer weniger. Die Berliner Linke fordert jetzt im Entwurf ihres Wahlprogramm für die kommende Abgeordnetenhauswahl, dass künftig jede Privatisierung von öffentlichen Betrieben der Daseinsvorsorge nicht nur durch das Parlament, sondern zusätzlich durch einen Volksentscheid bewilligt werden muss. Auch der Regierende Bürgermeister Wowereit (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, hat aber in seiner Partei dafür noch keine Mehrheit.

Rüdiger Lötzer

Quellen: Berliner Zeitung, 14.2., 15.2., 17.2. und 18.2.2011; www.berliner-wassertisch.net

Kölner Stadtrat

Einwohnerabstimmung ab dem 16. Lebensjahr

Der Kölner Stadtrat hat mit den Stimmen von SPD, Grüne und Die Linke eine Einwohnerabstimmung aller Kölnerinnen und Kölner ab dem 16. Lebensjahr beschlossen. Es handelt sich nicht um einen rechtsverbindlichen Bürgerentscheid, sondern um ein selbst verpflichtendes Meinungsbild für den Kölner Stadtrat über den Ausbau des Godorfer Hafens. Es dürfen also auch Nicht-EU-Bürger mitmachen, die derzeit bei allen Wahlen ausgegrenzt sind, das sind zusätzlich jene ca. 100 000 Personen in Köln, die nach § 25 der NRW-Gemeindeordnung berechtigt sind, einen Einwohnerantrag zu stellen, d.h. die seit drei Monaten in Köln leben.

Seit Jahrzehnten setzen sich viele demokratische Kräfte in der ganzen Bundesrepublik dafür ein, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner ab dem 16. Lebensjahr an Wahlen teilnehmen dürfen. Daraus resultierte z.B. die Kampagne „Jeder hat eine Stimme“ im Jahre 1994 und die später stattfindende Kampagne für das kommunale Wahlrecht der kommunalen Ausländerbeiräte „Hier, wo ich lebe, will ich wählen!“ im Jahre 2008.

Hintergrund des Ratsbeschlusses

Seit über 20 Jahren diskutiert der Kölner Stadtrat über den Ausbau des Godorfer Hafens sehr strittig. SPD und CDU halten den Ausbau für unverzichtbar. Die rot-grüne Ratskoalition konnte sich nicht auf einen Kompromiss verständigen. 2008 wurde ein Bürgerentscheid einer Bürgerinitiative aus rechtlichen Gründen nicht zugelassen. Juristische Auseinandersetzungen zwischen der städtischen Hafengesell-

schaft, HGK und der Bürgerinitiative ziehen sich seit Jahren hin.

Um die Sache zu entscheiden und die rot-grüne Koalition zu retten, schlug die SPD vor vier Wochen vor, eine Meinungsbefragung auf der formalen Grundlagen des in der Gemeindeordnung geregelten Bürgerentscheides durchzuführen, verbunden mit einer Selbstverpflichtung der im Rat vertretenen Parteien, sich an den Ausgang des Ergebnisses auch zu halten.

In der NRW-Gemeindeordnung ist geregelt, dass der Bürgerentscheid nur dann gültig ist, wenn 20 Prozent der Wahlberechtigten zu Wahl gehen. D.h. die Bürgerinitiative müsste ca. 155 000 Wahlberechtigte zur Wahl bewegen. Da der Ausbau des Godorfer Hafens vor allem ein Thema im Kölner Süden ist, erhoffte sich die SPD wohl ein Scheitern.

Neue und erweiterte Regeln der Bürgerbeteiligung

Dadierot-grüne Landesregierung noch im ersten Halbjahr 2011 die Regeln für die Bürgerbeteiligung erleichtern will und statt eines 20-Prozent-Quorums ein Zehn-Prozent-Quorum einführen will, beantragte die Fraktion der Linken im Kölner Rat, die Abstimmung in den Herbst zu verschieben und dann das neue Quorum zur Grundlage der Abstimmung zu machen.

Darüber hinaus beantragte die Fraktion, alle Kölnerinnen und Kölner, die seit drei Monaten in der Stadt leben, abstimmen zu lassen. Da es sich faktisch und juristisch um eine Meinungsbefragung handelt und nicht um einen Bürgerentscheid, wäre ein solches

Verfahren möglich. Die Bürgerinitiative lehnte den Bürgerentscheid ab, obwohl sie vor zwei Jahren ein solches Verfahren noch angestrebt hatte und setzte die Grünen massiv unter Druck. Zum Vorschlag der Linken, doch alle Kölner zu beteiligen, verhielten sich die Grünen reserviert. Sie strebten ein Null-Prozent-Quorum an.

In der Zwischenzeit hatte der SPD-Oberbürgermeister eine Verwaltungsvorlage für eine Meinungsbefragung mit einem 20-Prozent-Quorum eingebracht.

Die Ratsentscheidung

Auch wegen einer zweiten Auseinandersetzung um die Renovierungskosten von Oper- und Schauspielhauses spitzte sich der Krach zwischen SPD und Grünen zu. Kurz vor der Ratssitzung lenkte die SPD ein und schlug ebenfalls ein 10-Prozent-Quorum mit einer sofortigen Abstimmung vor – und signalisierte die Zustimmung zum Antrag der Linken, dass alle Kölner mit abstimmen sollten. Die Grünen wandten sich, brachten aber mit der FDP einen Antrag für ein Null-Prozent-Quorum ein.

In einer heftigen Debatte machte der Sprecher der Fraktion der Linken deutlich, dass man sich die Mehrheiten bei einem solchen Verfahren nicht so zurechtbiegen kann, wie man sie gerne hätte. Wenn alle Kölner mit abstimmen dürfen, würde sich bei einem Zehn-Prozent-Quorum zwar die absolute Zahl erhöhen, dafür wäre dies aber ein absolut demokratisches Verfahren. In der Geschichte des Wahlrechtes habe man vor 100 Jahren das Frauenwahlrecht immer wieder abgelehnt, mit dem Vorwand, die Frauen würden nicht so abstimmen, wie man sich das wünscht.

Die Grünen brauchten eine Auszeit. Dann wurde zuerst der Antrag von Grüne/FDP für ein Null-Prozent-Quorum abstimmt. – Abgelehnt.

Dann der Antrag der Linken für eine Beteiligung aller Kölnerinnen und Kölner: Die Verwaltung erklärte, dass der Antrag der Linken umsetzbar sei, jedoch müsse der Druck der Wahlunterlagen europaweit ausgeschrieben werden und die Gesamtkosten von bisher 1 Mio. Euro würden sich erhöhen und der Abstimmungstermin müsse um wenige Wochen verschoben werden. Dann die Abstimmung: SPD, Grüne, Linke und der Oberbürgermeister dafür. – Beschlossen! Dann der Antrag der SPD für ein Zehn-Prozent Quorum: mit gleicher Mehrheit beschlossen!

Fazit

Die „Kölner Lösung“ mit dem beschlossenen Abstimmungsverfahren ist ein Novum für Köln und hoffentlich ein Vorbild für die ganze Bundesrepublik. Alle Menschen über 16 dürfen mitentscheiden. *Jörg Detjen*

Städtische Wohnungen ja, private Luxussuiten nein: FRANKFURT A.M. Mieter mit geringen Einkommen haben es zunehmend schwer in Frankfurt: Alleine im Nordend wurden in den vergangenen fünf Jahren 974 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Dazu kommt, dass die Schutzfrist für Eigenbedarfskündigung von der schwarz-gelben Landesregierung von 10 auf 5 Jahre gekürzt wurde. Darüber debattierten am Montag, 28. Februar, im Türkischen Volkshaus die TeilnehmerInnen der Veranstaltung „Schöner wohnen in Bockenheim und Westend“ der Fraktion Die Linke im Römer und im Ortsbeirat 2. Dem gängigen Argument der städtischen ABG Frankfurt Holding, dass die Bodenpreise die Baukosten und somit die Mieten in die Höhe treiben würden, hielt der Architekt Jürgen Ehlers entgegen: „Nicht die Bodenpreise treiben die Mieten, sondern die Mieten treiben die Bodenpreise.“ Wie raus aus dieser Misere? Einen Ausweg zeigte Heike Skok von der Wohnungsgenossenschaft Wogeno aus München auf. Dort gibt es das gleiche Problem wie in Frankfurt: Luxussanierungen und Verkauf städtischer Wohnungen. Die Stadt München hat in denjenigen Gebieten, wo die Erhaltungssatzung mit Milieuschutz gilt, die Möglichkeit, das Vorkaufsrecht auszuüben. Sie kann damit den privaten Investoren zuvorkommen. Dadurch sind Häuser für gemeinschaftliches Wohnen gerettet worden. Eine Lösung, welche die Fraktion Die Linke in einem Antrag Nr. 1968/2010 auch für Frankfurt vorschlug – leider vergebens. Die Stadtplanerin Birgit Kasper, Leiterin der Beratungsstelle des Netzwerkes Frankfurt für gemeinschaftliches Wohnen forderte 10 bis 15 Prozent gemeinschaftliches Wohnen auf jeder Fläche, die neu entwickelt wird, auch auf dem Uni Campus Bockenheim. Die Stadt München hat das bereits getan: Sie stellt explizit Flächen für Genossenschaften zur Verfügung. Gisela Becker, Stadtverordnete der Linken, brachte als Moderatorin der Veranstaltung die Maßnahmen auf den Punkt, die der schwarz-grüne Magistrat schon längst hätte in die Wege leiten müssen: Mieterinitiativen viel umfangreicher unterstützen, gemeinschaftliche Wohnprojekte besser fördern, bezahlbaren Wohnraum für alle Generationen schaffen, 70 % Wohnanteil und 30 % andere Nutzung auf dem KulturCampus Bockenheim beschließen und die Bürgerbeteiligung bei den Planungsprozessen sicherstellen. Hans-Jürgen Hammelmann, Spitzenkandidat der Linken für den Ortsbeirat 2 forderte, dass die ABG Frankfurt Holding ihrer eigentlichen Aufgabe gemäß Wohnungen für untere

und mittlere Einkommen und Sozialwohnungen auf dem Campus bauen solle und dass es für Bockenheim und Westend-Nord, wie in Westend-Süd bereits existent, Erhaltungssatzungen mit Milieuschutz geben solle.

<http://dielinke-im-roemer.de>

Die Linke fordert Kommunalisierung der Flüsse in der Region Hannover:

HANNOVER. Die Linke in der Regionsversammlung lehnt die geplante Privatisierung der Flüsse, wie z.B. der Leine, in der Region Hannover durch den Bund strikt ab. „Hier sehen wir eine klare Verantwortung. Die Antwort auf die Privatisierung der Wasserstrassen kann nur in einer Übernahme durch die Region Hannover bestehen. Dies beinhaltet die Chance, eine auf die Region zugeschnittene, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Weiterentwicklung der Wasserflächen anzuschieben. Denkbar ist dabei ein Konzept für einen regionsweit abgestimmten Hochwasserschutz“, so der Fraktionsvorsitzende der Linken in der Regionsversammlung Jörn Jan Leidecker. Die Linke fordert die Regionsverwaltung daher auf, umgehend Gespräche mit dem Bund aufzunehmen. „Das heißt nicht, dass sich der Bund bei den Kosten aus der Verantwortung stehlen kann“, betont Leidecker. Darüber hinaus fordert Die Linke die Prüfung der Übernahme des Steinhuder Meeres aus dem Landesbesitz. „Das Land hat das Steinhuder Meer und seine Entwicklung vernachlässigt“, so Leidecker. „Als Erholungs- und als Naturschutzgebiet wäre es bei der Region in besseren Händen und man könnte endlich eine Regionalentwicklung für das Steinhuder Meer und sein Ufer aus einer Hand ermöglichen“. Die Fraktion Die Linke in der Regionsversammlung wird entsprechende Anträge in die Regionsversammlung einbringen. http://die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles_aus_den_kommunen

Antrag: MVG – lernen vom Stuttgarter Nahverkehr!

MÜNCHEN. Antrag der Linken im Stadtrat: Der Stadtrat möge beschließen: Die SWM/MVG wird beauftragt einen Bericht mit einem Vergleich der Personal- und Geschäftspolitik von der MVG und der SSB AG zu erstellen. In dem Vergleich wird dargelegt: – warum die Einstiegsgelälter nach dem TV-N BaWÜ bei der SSB AG um 235,20 Euro brutto im Monat höher sind, als bei der MVG; – warum sich die Lohndifferenz bis zur Endstufe um 275,42 Euro erhöht; – wie sich die Personalkosten auf die Personal- und Geschäftspolitik der beiden Unternehmen auswirken; – welche Zulagen von beiden Unternehmen gezahlt werden und wer diese erhält (re-

gular Beschäftigte, Leiharbeiter etc.) ; – warum bei der Restrukturierung der SSB AG kein einziger Geschäftsbereich ausgegliedert wurde; – warum bei der SSB AG keine Leiharbeiter/innen beschäftigt werden „müssen“; – wie die Struktur der SSB AG organisiert ist und was die MVG daraus lernen/übernehmen könnte; – warum die SSB AG trotz höherer Löhne und der Verantwortung für die komplette Infrastruktur, den Stuttgarter Bürger/innen z.T. günstigere Tarife bieten kann, als die MVG; – warum die SWM keinen Defizitausgleich für die MVG leisten. Das Ergebnis wird dem Stadtrat in einer öffentlichen Ausschusssitzung präsentiert. Begründung: Fast jede Anhebung der Fahrpreise wird seitens der MVG mit dem steigenden Lohnniveau ihrer Beschäftigten begründet. Dadurch wird die Münchner Bevölkerung in die Irre geführt. Denn die Beschäftigten der MVG verdienen im Durchschnitt weniger als ihre Stuttgarter Kollegen. Somit werden sie für die gleiche Tätigkeit geringer entlohnt und haben gleichzeitig höhere Lebenshaltungskosten zu tragen. Dies trifft in größerem Ausmaß auch auf die Leiharbeiter/innen zu, die von der SWM als Bus- und Tramfahrer/innen beschäftigt werden.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Lohndumping bei Bogestra-Tochter?

BOCHUM. Die Linksfraktion im Bochumer Rat hatte kürzlich öffentlich gemacht, dass bei dem städtischen Unternehmen Recycling am Umweltpark GmbH (RAU), die für die Entsorgung der Wertstofftonne und Altpapier/Altglas in Bochum zuständig ist, keine Tarifröhne sondern nur Löhne oberhalb des Mindestlohnes gezahlt werden. RAU ist eine Tochter der Stadtwerke, bei denen Tarifröhne gelten ... Nun ist Die Linke im Rat darauf aufmerksam gemacht worden, dass auch die Bogestra mit ihrem Tochterunternehmen Otto Lingner Verkehrs GmbH Lohndumping betreibt. Bogestra-Chef Burkhard Rüberg ist auch Geschäftsführer dieser Tochterfirma. Zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hat die Linksfraktion eine Anfrage zu dem Thema gestellt.

www.dielinke-bochum.de

Sonntags hat Mama frei? BOCHUM. Die Linke im Rat sieht keine rechtliche Grundlage für die Genehmigung der dreizehn vorgeschlagenen verkaufsoffenen Sonntage in Bochum. Das Bundesverfassungsgericht hatte ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein öffentliches Interesse vorliegen muss, das über das rein wirtschaftliche hinausgeht. Der Sonntag ist danach weiterhin besonders schützenswert.

Stadtwerke Konsortium Rhein Ruhr:

Der im Dezember unterzeichnete Kaufvertrag für 51 Prozent der Evonik Steag durch das Stadtwerke Konsortium Rhein Ruhr ist in der letzten Woche auch rechtlich vollzogen worden. Im Vorfeld haben alle beteiligten Aufsichts- und Stadträte Beschlüsse über den Erwerb der restlichen 49 Prozent gefasst. Demnach gilt dafür der Mechanismus einer sog. „Put/Call-Option“. Diese besteht aus drei Teilen: Erstens gibt es eine Stillhalte-Phase („Lock-in Period“) bis Ende 2013, in der Evonik weiterhin die Anteile hält. In der darauf folgenden Phase vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2016 kann das Stadtwerke-Konsortium mit der „Call-Option“ die verbliebenen 49 Prozent zu einem beliebigen Zeitpunkt kaufen. Während der dritten Phase ist dann auch Evonik berechtigt jederzeit zwischen dem 01.01. und dem 31.12.2016 mit der „Put-Option“ den Verkaufszeitpunkt festzulegen. Der Kaufpreis für die zweite Tranche soll sich an dem der ersten orientieren, der bei 651 Millionen Euro

lag. Die „Put/Call-Option“ gibt dem Konsortium Zeit, weitere Partner mit ins Boot zu holen um die Evonik als kommunale Erzeugerplattform auszubauen. Über die Frage welche Partner das sein könnten gibt es eine politische Auseinandersetzung. So haben die meisten Stadträte gegen die Stimmen der linken Fraktionen beschlossen, neben kommunalen Partner auch Investoren aus der Privatwirtschaft zu suchen, insbesondere für die Auslandsgeschäfte. Da das Stadtwerke-Konsortium auch neuer Mehrheitsanteilseigner der Steag-Töchter Minegas GmbH und Mingas-Power GmbH ist, könnte es künftig in die Gasförderung einsteigen. Denn diese beiden Töchter haben Förderrechte für Erdgasvorkommen, die unter dem Ruhrgebiet und dem Münsterland liegen. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg, weil Berichte über eventuelle Umweltgefährdungen durch die Gasförderung Widerstand der Bevölkerung hervorrufen.

Thorsten Jannoff

Trotz wiederholter Nachfragen und Aufforderungen gab die Verwaltung keine Begründung für die vorgeschlagenen verkaufsoffenen Sonntage, außer dass der Einzelhandel sich diese wünscht. Dazu erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion Uwe Vorberg: „Wir schließen uns der Kritik der Bochumer Kirchen und Gewerkschaften an, die sich gestern in einer gemeinsamen Erklärung für den Sonntag als Ruhetag ausgesprochen haben ... Doch wenn schon Genehmigungen für verkaufsoffene Sonntage erteilt werden, dann doch wenigstens auf rechtlich gesicherter Basis. Allerdings erklärte die Rechtsdezernentin bereits in der letzten Ratssitzung, möglichen KlägerInnen kein unnötiges Material an die Hand geben zu wollen. Folglich gibt es von ihr auch keine schriftliche Begründung. Mit diesem Vorgehen ignoriert sie auch einen Runderlass des Wirtschaftsministeriums. Es ist an der Zeit, dass die Ausweitung der Laden- und Sonntagsöffnungszeiten ihre Grenzen findet und die unter der schwarz-gelben Landesregierung vorgenommenen Liberalisierungen zurück genommen werden. Dafür setzen sich Die Linke in Bochum und dafür setzt sich auch unsere Landtagsfraktion ein.“

www.dielinke-bochum.de

Anträge der Linksfraktion zur Haushaltsberatung am 22. Februar 2011: BRAUNSCHWEIG. Nachdem sämtliche Haushaltsanträge von SPD, Grünen, Die Linke, BIBS und Stadtbezirksräten von der CDU/FDP-Mehrheit

abgelehnt wurden, erhält Schwarz/Gelb zur Ratssitzung noch einmal die Möglichkeit, vernünftige Beschlüsse zum Haushalt 2011 zu fassen, und zwar in Form von vier Anträgen der Linksfraktion. Zum einen nimmt Die Linke die Aussage des Oberbürgermeisters ernst, wonach es zukünftig eine stärkere Bürgerbeteiligung geben soll. Sie beantragt, dass der Haushalt 2012 in Form eines Bürgerhaushaltes aufgestellt werden soll. Diesen Antrag hatte Die Linke bereits 2005 gestellt. Damals wurde der Antrag abgelehnt, doch Stuttgart 21 soll ja ein Umdenken bewirkt haben, so die mehrfache Aussage des Oberbürgermeisters. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linken im Rat der Stadt Braunschweig: „Wir sind gespannt, ob Herr Hoffmann seine eigenen Aussagen ernst nimmt.“ Außerdem beantragt Die Linke, dass Braunschweig dem Beispiel Salzgiters folgt und zukünftig auf Kita-Entgelte verzichtet. 400 000 Euro will Die Linke für die Wiederbeschaffung von 151 Spielgeräten ausgeben, die in den letzten fünf Jahren auf den Spielplätzen abgebaut und aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht ersetzt wurden. Und auch die Sportvereine sollen entlastet werden, indem die Kosten für die Unterhaltung der Sportanlagen von der Stadt übernommen werden.

www.linksfraktion-braunschweig.de

Messe Essen: Flucht nach vorn – aber wohin? ESSEN. Die Linke fordert unabhängiges Gutachten für seriöse Gesamtrechnung. Wenn dreistellige

Millionenbeträge investiert werden, um die Messe „fit für den Wettbewerb“ zu machen, setzt das die Absicht voraus, die Messe zumindest mittelfristig weiter zu betreiben. Eine Vergleichsrechnung für die Kosten der Optionen Abwicklung und Weiterbetrieb muss daher mindestens bis 2034 gehen, dem Datum, an dem der Ausstieg aus dem Cross-Border-Leasing Geschäft mit den Messe-Hallen erstmals ohne horrenden Kosten möglich ist. Gabriele Giesecke, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, für Die Linke im Aufsichtsrat der Messe Essen: „Eine schnelle Entscheidung für einen Weiterbetrieb ist nach der aktuellen Faktenlage nicht möglich. Um langfristige Investitionsentscheidungen fällen zu können, ist ein vom Eigeninteresse der Messgesellschaft unabhängiges Gutachten erforderlich. Derzeit liegt nicht einmal die Studie von Roland Berger vor. Angesichts der Messe-Überkapazitäten rechnen Experten mit der Schließung der Hälfte aller Messen. Fragen, die ich an die Geschäftsführung der Messe Essen als Aufsichtsratsmitglied gestellt habe, wurden mit dem lapidaren Hinweis auf die Ratsvorlage abgetan. Mit der ‚neuen Offenheit‘ ist es nicht weit her.“ ... www.linksfraktion-essen.de

„... immer im Einsatz“: TÜBINGEN. Im Kreistag zeichnet sich nach den Vorberatungen eine Mehrheit für unseren Antrag ab, dass angestellte Reinigungskräfte nicht weiter privatisiert und in Niedrigtarife abgeschoben werden. Die Kombination von Lohndumping und ergänzende Sozialhilfe wird hoffentlich zum Auslaufmodell, wenigstens bei der Kreisverwaltung. Auf Landesebene brauchen wir ein Tariftreuegesetz, damit die Kommunen nicht länger gezwungen werden, Aufträge an Firmen zu vergeben, die keine auskömmlichen Löhne zahlen. Von Arbeit muss man leben können! Dieses Prinzip ist von den Hartz-IV-Parteien gekündigt worden. Es muss wieder Praxis werden. Wenn die Lisa-CDU wirklich „mitten im Leben“ stehen will, darf sie einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde nicht weiter verhindern. Wir brauchen ein Sozialticket, das armen Menschen kreisweit den Zugang zu Mobilität, Kultur, Freizeit- und Sporteinrichtungen erleichtert. Diese Aufgabe darf nicht auf Vereine abgeschoben werden. Eine Bonuscard, die zu nichts berechtigt, ist für die Betroffenen erniedrigend. Die von CDU und SPD ausgehandelten Neuregelungen im SGB II sind miserabel – da muss der Kreis was drauflegen ... <http://tuelpds.twoday.net/>

(Zusammenstellung: ulj)



Leverkusen



Kassel

„Arbeit – sicher und fair“

Unter diesem Motto führte die IG Metall bundesweit am 24. Februar einen Aktionstag mit zahlreichen betrieblichen Aktionen durch. Hunderttausende beteiligten sich in und vor den Betrieben. Die von den Arbeitgebern betriebene kompromisslose Lohndumpingstrategie zeigt inzwischen alarmierende Ergebnisse. Eine Umfrage der IG Metall unter Betriebsräten in knapp 5 000 Unternehmen zu Folge sind inzwischen nur noch in weniger als einem Drittel aller Betriebe keine Leiharbeitskräfte beschäftigt. Zudem werden bei Neueinstellungen in drei von vier Fällen lediglich befristete Verträge ausgestellt. Regierung und Opposition haben sich in den Hartz IV-Verhandlungen auf einen Mindestlohn für die Leiharbeitsbranche geeinigt. „Equal Pay“, also die Frage nach gleicher Bezahlung war am Ende jedoch kein Thema mehr. Leiharbeit bleibt also Niedriglohnarbeit und prekär. Der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber kündigte die Aufnahme der Forderung nach gleicher Bezahlung für die kommenden Tarfbewegungen an.

Die große Mehrheit der Bevölkerung empfindet die ungleiche Behandlung von Leiharbeitnehmern als ungerecht. Das hat eine repräsentative Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Wochenzeitung „Die Zeit“ ergeben. – Wir zeigen Bilder von den Aktionen der IG Metall in verschiedenen Städten. (brr) Quelle: www.gleichearbeit-gleichesgeld.de



Schwäbisch-Gmünd



Berlin



Dortmund



Duisburg



Flensburg



Düsseldorf



Osnabrück

Bankangestellte zwischen Baum und Borke oder: Bundesregierung reguliert Bankangestellte

Während die Linke „die Vergesellschaftung der Banken konkret denkt“, schützt die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bankkunden auf ihre Weise. Zahlreiche Klagen wegen tatsächlicher oder vorgeblicher Übervorteilung der Kundschaft aufgreifend, verabschiedete der Bundestag am 11.2. mit Koalitionsmehrheit das Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz. Auch 70 000 Protestunterschriften von Bankangestellten an den Finanzausschuss des Bundestages konnten die neben dem Beipackzettel für Finanzprodukte im Wertpapierhandelsgesetz künftig enthaltene Berufsverbotsdrohung nicht abwenden. Ein Bündnisversuch von Verdi mit den Verbraucherschützern – Motto: nicht die Kundenberater, sondern „die Verantwortlichen“ zur Verantwortung ziehen – kam über eine Presseerklärung nicht hinaus. Nicht zustimmungspflichtig durch den Bundesrat wird das Gesetz nach Unterschrift durch den Bundespräsidenten wohl so in Kraft treten.

Verstößt ein Bankkundenberater künftig gegen Bestimmungen aus Abschnitt 6 Wertpapierhandelsgesetz, kann die Aufsichtsbehörde BaFin neben Verwarnungen und Bußgeldern der Bank „für eine Dauer von bis zu zwei Jahren untersagen, den Mitarbeiter in der angezeigten Tätigkeit einzusetzen“. Und der Abschnitt 6 hat es in sich – der Kundenberater kann u.a. verstoßen gegen Vorschriften zu

- Vermeiden bzw. Darlegung von Interessenkonflikten,
- Redlichkeit zugänglich gemachter Informationen,
- Verständlichkeit von Informationen, die den Kunden in die Lage versetzt, Entscheidungen selber zu treffen,
- Aushändigung des Beipackzettels,
- umfassende Einholung von Infos zum Kunden, die dann in die angemessene Empfehlung mündet,
- Bericht über ausgeführte Geschäfte.

Um den Berater künftig während seines gesamten Berufslebens dingfest machen zu können, wird ihm von der BaFin in der neuen Beschwerdedatenbank die eindeutige BaFin-ID verpasst. Beginn und Beendigung seiner Tätigkeit und die seines zuständigen „Vertriebsbeauftragten“ sind von der Bank zu melden. Protest der Bankenverbände, die sich diesmal in vielen Kritikpunkten mit Verdi einig waren, bewirkte nur, dass nicht jeder Filial- oder Abteilungswechsel zu melden ist.

Nicht bei Rot über die Ampel

In der Diskussion im Finanzausschuss des Bundestages wurde von den Befürwortern der Repressionsdrohungen vertreten, auch LKW-Fahrer dürften trotz Drucks der Geschäftsleitung nicht bei Rot über die Ampel fahren. Im Unterschied zur Straßenverkehrsordnung würden Verstöße bei der Kundenberatung auch nicht automatisch zu Sanktionen führen, sondern wären vom Behördenermessen abhängig. Dabei würde die Verhältnismäßigkeit beachtet, was Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Sanktionierung angeht. Tätigkeitsverbote seien nur „Ultima Ratio“ in schwerwiegenden Fällen. Solche Fälle sind laut Gesetzesbegründung der Bundesregierung:

- dem Kunden werden Geschäfte empfohlen, „deren Zweck bei sachlicher Betrachtung hauptsächlich darin liegt, Gebühren- oder Zuwendungen (z.B. Provisionen) anfallen zu lassen“,
- Sachverhalte, „in denen Kunden ohne nachvollziehbare Gründe aus für sie günstigen Finanzinstrumenten ‚herausberaten‘ werden, z.B. kurz vor Zinsterminen oder Dividendenzahlungen“,
- Missachtung des Kundenwunsches nach „mündelsicherer Anlage“ durch „Verkauf eines komplex strukturierten Finanzinstruments mit erhöhtem Totalverlustrisiko“,
- „eklatant risikounangemessene Empfehlung im Widerspruch zu ausdrücklichen Absichten des Kunden.“

Wurden direkte oder indirekte Berufsausübungsverbote bisher zwecks „Verfassungsschutz“ gegen Beamte und Anwärter oder auch zum Schutz von Leib und Leben gegen Lkw-Fahrer oder Ärzte eingesetzt, so jetzt beim Kauf oder Verkauf von Finanzanlagen – vermutlich aber nur, wenn der Deal schief läuft. Denn mit der „Sicherheit“ von Zahlungsverprechen ist es so eine Sache. Z.B. hat der Frankfurter Caritasverband zu Zeiten der Immobilienblase Wertguthaben seiner Altersteilzeitbeschäftigten zur Insolvenzversicherung in Papieren angelegt, die mit Forderungen gegen amerikanische Immobilienkäufer besichert waren.

Würde er auch dann die Commerzbank verklagen, wenn der Marktwert nicht auf 50% gesunken wäre? Hat er den höheren Zinssatz nicht billigend in Kauf genommen? Auf das Behördenermessen in so einer Angelegenheit darf man gespannt sein.

Berater zwischen Kunde, Arbeitgeber und Behörde

Der Kundenberater wird jedenfalls gut daran tun, künftig jede Vorgesetztenweisung und jedes Beratungsgespräch detailliert zu protokollieren – das bereits gesetzlich vorgeschriebene Beratungsprotokoll kann zu einer Existenzfrage werden. Hat er auch die dafür nötige Arbeitszeit? Vermutlich wird das Massengeschäft von den Banken weiter standardisiert und tiefergehende Beratung auf die „richtig Vermögenden“ gegen Extrahonorar beschränkt werden.

Die Anregung von Verdi, für unverantwortliche Zielvorgaben ein anonymisiertes Informations- und Beschwerderecht (Whistleblowing) der Bankangestellten gegenüber der Behörde einzurichten, wurde im Gesetzgebungsverfahren nicht aufgegriffen. Gelingt es Verdi künftig, ihre Mitglieder im Kräftespiel zwischen Kunden, Arbeitgebern und auch Behörden zu stärken? Die Schaffung von „Whistleblowing-Strukturen“ und die Gewährleistung eines Schutzes von Whistleblowern ist auch Vorschlag der EU-Kommission.

Berufsfreiheit eingeschränkt

Von Verdi begrüßt wurden die verstärkten Anforderungen an die fachliche Qualifikation der Berater. Nicht erwähnt wurde, dass darüber hinaus erstmals die „erforderliche Zuverlässigkeit“ von Bankangestellten gesetzlich normiert wurde. Die Ausgestaltung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs wird vom Bundesfinanzministerium in der gleichen Verordnung vorgenommen, die auch die zentrale Datenbank regelt. Aufgrund negativer Bestimmung in § 6 des Verordnungsentwurfs besitzt der Bankangestellte „die erforderliche Zuverlässigkeit insbesondere nicht“, sofern er in den letzten fünf Jahren wegen eines Verbrechens (= Straftat mit Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr) oder diverser Vermögensstraftaten von Diebstahl bis Steuerhinterziehung verurteilt worden ist. Das Wörtchen „insbesondere“ bedeutet, dass sich die Banken zusätzliche Ausschlusskriterien einfallen lassen können wie z.B. aufwändiger Lebenswandel, krankhafte Spiel- oder Verschwendungssucht, Alkohol-, Medikamenten- oder Drogenabhängigkeit, auffälliges Verhalten, versteckte Alkoholfaschen/Verpackungen am Arbeitsplatz, Mitarbeiter wirkt ohne ersichtlichen Grund verstört, Arbeitsleistung verschlechtert sich gravierend, viele private Telefonate und private Internetnutzung, viele Kopien, häufig Unterlagen mit nach Hause genommen – alles Indizien für Unzuverlässigkeit aus einem am Frankfurter Bankenplatz kursierenden Papier! In einem Rundschreibenentwurf der BaFin wurde unter der Parole „know your colleague“ sogar zur

Fortsetzung Seite 18

Beobachtung von auffälligen Veränderungen im Umfeld und Lebenswandel von Kollegen auferufen.

Auch die Juristen vom Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA) lassen rechtskräftige Verurteilungen wegen „Vermögensstraftaten im beruflichen Umfeld“ als Disqualifizierungsargument für den Bankberuf gelten. Sie hegen aber Zweifel, ob „die Begehung von Straftaten im privaten Umfeld ohne jeglichen Bezug zur beruflichen Tätigkeit“ im Hinblick auf die grundgesetzlich geschützte Berufsfreiheit verhältnismäßig ist und ob der Mitarbeiter bei der Einstellung oder im laufenden Arbeitsverhältnis überhaupt auskunftsverpflichtet ist.

Der Stellungnahme des BDA ist es vielleicht auch zu verdanken, dass die anfangs als weitere Voraussetzung für die Tätigkeit des Kundenberaters geforderten „geordneten Vermögensverhältnisse“ aus dem Gesetz gestrichen wurden. Diese aus früheren Jahrhunderten bis in Betriebsordnungen moderner Banken überkommene Vorstellung, die im Angestellten den Bankier sieht, stehe laut BDA im Widerspruch zu Artikel 12 Grundgesetz und sei seit der Enttabuisierung der Privatinsolvenz absurd. „Unter dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzes“ sei es geradezu „widersinnig“, einem Bankangestellten wegen Vorkommnissen in der privaten Lebensführung die Erwerbsmöglichkeit zu entziehen.

Wie weiter?

Der Zug der Bankenregulierung hat entgegen der verbreiteten Vorstellung, die Banken würden von den Regierenden geschont, deutschland- und europaweit Fahrt aufgenommen. Regulierung von Gehaltssystemen (Boni!), Beratungsprotokoll, Vorkehrungen zur Bankinsolvenz, Bankenabgabe, Eigenkapital- und Liquiditätsforderungen aus Basel III, jetzt der Anlegerschutz, für den „grauen Kapitalmarkt“ ist ein analoges Gesetzeswerk in der Mache. Derweil bleibt im Fusionsgeschehen kein Stein auf dem anderen. Für den öffentlichen Banksektor einschließlich der Sparkassen wird eine vollständige Neuordnung kommen müssen.

Nicht nur in den Betrieben und Tarifrunden gegenüber den Arbeitgebern, sondern verstärkt auch gegenüber dem Gesetzgeber dafür zu sorgen, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen nicht unter die Räder kommen – wirklich keine leichte Aufgabe für Verdi. Stärkt die Gewerkschaft das Selbstbewusstsein der Angestellten, so sollten die Verbraucherschützer die Fähigkeiten der Kunden als Geschäftspartner beim Handel mit der Zukunft verbessern. Das müsste vermutlich mit der Schulbildung beginnen.

Georg Stingl

Maschinenbauer gegen Verschärfung der Zeitarbeitsregeln und gegen Frauenquote. FAZ, Fr.

**Wirtschafts-
presse**

11.2.2011. „Wir erwarten von der Politik, dass sie es unterlässt, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen,“ so der Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. „Nach einem solchen Auf- und Abschwung ist die Zurückhaltung groß, die Stammbeschäftigung auszuweiten. Zeitarbeiter würden im Betrieb aber keine Stammarbeitsplätze verdrängen. Die umstrittene Einführung der Frauenquote bezeichnete der VDMA-Präsident als „politischen Leichtsinn“. Diese Diskussion gehe an den Problemen des industriellen Mittelstandes vorbei. Allerdings hätten die Unternehmen durchaus Nachholbedarf in ihren Bemühungen, Karriere und Familie besser aufeinander abzustimmen.

BDA sieht betriebliche Altersvorsorge durch EU-Auflagen in Gefahr. FAZ, Mi. 16.2.2011. In einer Stellungnahme des EU-Parlaments zur Sicherung der Renten- und Pensionssysteme geht es u.a. darum, uneinheitliche Regelungen von Pensionsverpflichtungen für Arbeitnehmer abzubauen. Arbeitgeberpräsident D. Hundt warnt die EU-Kommission davor, das deutsche System der betrieblichen Altersvorsorge durch zusätzliche Kosten und mehr Bürokratie auszuhebeln.

Chemieindustrie fürchtet Anstieg der Rohstoffpreise. FAZ, Do., 3.3.2011. L. Tillmann, Geschäftsführer des Verbandes der chemischen Industrie (VCI), fürchtet wegen der instabilen Lage in Nordafrika und wegen der zunehmenden Spekulationen kräftige Preisanstiege bei Rohstoffen. Ein Lieferengpass werde wegen der Lage in Libyen allerdings nicht entstehen, gibt der Mineralölwirtschaftsverband in Deutschland an. „Vergangenes Jahr war das Land zwar der fünftwichtigste Lieferant für Deutschland, doch selbst ein Ausfall Libyens könne von anderen Ländern wie Russland ausgeglichen werden“, sagte eine Sprecherin.

Deutsche Industrie profitiert von künftiger Geschäftsabwicklung in Yuan. – FAZ, Fr. 4.3.2011. Die Zentralbank in Peking hat ihren Im- und Exportunternehmen erlaubt, den gesamten Außenhandel noch in diesem Jahr in Yuan zu fakturieren. Damit setzt China sein Interesse um, die Währung international konvertibel zu machen und als weitere Reservewährung neben dem Dollar zu etablieren. Die deutschen Banken bereiten die Eröffnung von Renminbi (Yuan)-Konten in wenigen Monaten vor. Der Außenhandelsverband BGA heißt die Ankündigung aus Peking wegen der größeren Wechselkursicherheit für seine Mitgliedsunternehmen gut.

Zusammenstellung: rst

Für die Linke im Westen ist Russland ein Buch mit sieben Siegeln. Friedenspolitik in Europa muss sich aber aktiv auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion und das heutige Russland beziehen. – Wir haben uns bei André Brie, einem profilierten Europapolitiker der Linken, erkundigt, ob er dazu etwas im Vorrat hat. André Brie hat uns einen Beitrag für ein Buchprojekt, das sich mit diesem Thema beschäftigen wird, zur Verfügung gestellt. Wir danken herzlich und sind auf das Buch gespannt.

Russland, die Nato und die Europäische Union

Von André Brie

November 2010

Es ist längst wieder notwendig, daran zu erinnern, dass sich mit der Selbstauflösung der UdSSR etwas welthistorisch Einmaliges vollzog: zum ersten und einzigen Mal verließ ein Imperium friedlich die Arena der Weltgeschichte. Das ist keine akademische oder der Gesellschafts- und Politikgeschichte zu überlassende, sondern eine hoch aktuelle und praktische Frage für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Westen, darunter der Nato, der Europäischen Union und nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, die in einzigartiger Weise davon profitierte, sowie dem heutigen Russland. Es war Gorbatschow, der 1988 auf dem Gipfeltreffen der Staaten des Warschauer Vertrages erklärt hatte, dass jedes Mitgliedsland für seine Entwicklung selbst verantwortlich sei, und die Sowjetunion sich nicht mehr einmischen werde. Das war die Absage an die sogenannte Breschnew-Doktrin (und die faktische Aufteilung Europas auf der Konferenz von Jalta), mit der die östliche Supermacht bis dahin auch militärische Interventionen, wie in Ungarn 1956 und der CSSR 1968, als Mittel zur Bewahrung ihres Einflussgebietes gerechtfertigt hatte. Die sowjetische Führung gab damit den Weg frei für die demokratischen Wahlen in Polen, die Grenzöffnung durch die ungarische Regierung, den Fall der Berliner Mauer und die deutsche Wie-

dervereinigung, die sie schließlich aktiv begleitete und gemeinsam mit den USA, Frankreich und Großbritannien im 2+4-Vertrag besiegelte. Nicht konfliktlos, aber letztlich friedlich konnten sich die drei baltischen Republiken von der Sowjetunion lösen und Jelzin die Auflösung der gesamten UdSSR betreiben.

Westliche Russlandpolitik immer noch von Relikten des Kalten Krieges überlagert

Natürlich: die Sowjetunion war ökonomisch am Ende, weder wirtschaftlich noch politisch zu den jahrzehntelang versäumten radikalen Reformen in der Lage, militärisch bis zur Erschöpfung überrüstet, in Afghanistan militärisch und politisch geschlagen, die ideologische Bindung der eigenen Bevölkerung aufgebraucht. Doch in anderen ähnliche Fällen der Weltgeschichte hatte gerade eine solche Situation eher zu blutigen Kriegen beigetragen, und nicht selten hatten sie als Instrument für das Hinauszögern des imperialen Abtritts gedient. Abgesehen davon, dass die völlig neue internationale Situation ohnehin eine grundlegend neue Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Westen und Russland seit 1990 verlangt, hätte eben diese Tatsache dem Westen Anlass sein müssen, aktiv die Neugestaltung zu betreiben.

Die Ansätze 1990 dafür sind jedoch rasch zerstört worden. Russland wird als Energie- und Rohstofflieferant oder als Risiko dafür, als große Kernwaffenmacht und als unverzichtbarer Partner in der Nichtweiterverbreitungspolitik, als politisches und Sicherheitsproblem für Georgien, Moldawien oder die Ukraine und nicht selten als potenzielle neue Bedrohung angesehen. Selbst die anhaltende militärisch sinnlose und politisch gefährliche Stationierung taktischer Kernwaffen der USA in der Bundesrepublik und deren nukleare Teilhabe werden vor allem von den Vereinigten Staaten unverhohlen damit begründet, man müsse ein Verhandlungsaustauschpfand gegenüber Russland bewahren.

Die russlandpolitischen Positionen im Westen sind außerordentlich unterschiedlich, und können durchaus mit den drei Lagern beschrieben werden, die Eugene Rumer vom Washingtoner Institute for National Strategic Studies und Angela Stent, Direktorin des Zentrums für eurasische, russische und osteuropäische Studien der Georgetown University, für die Haltung gegenüber dem Medwedjew-Plan, eine Gesamteuropäische Sicherheitsgemeinschaft zu errichten, skizziert werden: einerseits die USA mit einer eigenen Weltmachtagenda, in der Russland ein partieller Partner in konkreten Fragen ist und

in die neue nukleare Rüstungskontrolle eingebunden werden soll, ansonsten aber die Möglichkeit einer russischen machtpolitischen Renaissance eingedämmt werden muss, dem eher positiv, aber nicht aktiv agierenden „Paris-Berlin-Konsens“ andererseits, und schließlich dem ablehnenden, von Großbritannien assistierten, „Warschau-Tallin-Konsens“ unter mittel- und osteuropäischen Nato- und EU-Mitgliedern, die aus verständlichen, aber der neuen Situation nicht gerecht werdenden Gründen, Russland als fortgesetzte Gefahr ansehen und zu einer mehr oder minder offenen antirussischen Politik drängen.¹ Auch wenn durch Obama und die jüngste Entspannung im russisch-polnischen Verhältnis eine Bewegung in diese Konstellation gekommen ist, ihre Prämissen bleiben bestehen, und die positiven Entwicklungen werden praktisch auf die jeweiligen bilateralen



Beziehungen beschränkt. Immerhin aber scheint die russische Regierung inzwischen begriffen zu haben, dass der Schlüssel zur Gestaltung ihrer Westeuropabeziehungen nicht allein in Berlin (und Paris), sondern zumindest auch in Warschau liegt.

Eine grundlegende und zukunftsorientierte Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Russland, den USA, der Nato und den Mitgliedsländern der Europäischen Union sowie der EU selbst, die der tiefen Zäsur in den internationalen Beziehungen und globalen gesellschaftlichen Verhältnissen, dem radikalen Wandel nach dem Zerfall der UdSSR und dem Ende der Ost-West-Konfrontation gerecht würde, blieb trotz verschiedener Anläufe, weitreichender beiderseitiger Absichtserklärungen und einzelner multi- und bila-

teraler Vereinbarungen bis heute von beiden Seiten aus. Kleinkrämerisch und kleingeistig wurde auf eine beispiellose weltgeschichtliche Zäsur reagiert beziehungsweise das fragwürdige Interesse an einer militärischen Relegitimierung der Nato weit über das Erfordernis eines neuen strategischen und kooperativen Verhältnisses mit Russland gestellt und die internationale Schwächung Russlands nicht selten bis zur Demütigung genutzt. Bis heute wirkt eine tiefe Enttäuschung in Russland nach, dass die historischen Leistungen Gorbatschows und der Sowjetunion (Russlands) an dem geschichtlich einmaligen Abtreten eines Imperiums letztlich unbelohnt blieben. Gorbatschows Vision vom „gemeinsamen europäischen Haus“ oder „Europe – whole and free“ (G. H. Bush) wurden auf West- und Mitteleuropa begrenzt und Russland faktisch davon ausgeschlossen. Die OSZE entmachtete sich (mit russischer und westlicher Zustimmung) sicherheitspolitisch selbst auf ihrem Istanbul Gipfel.

Die europäischen Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen blieben stecken und sind formal sogar blockiert. Weder der Nato-Russland-Rat und Schritte im amerikanisch-russischen Verhältnis² noch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland von 1994 oder die Gemeinsame Strategie der EU gegenüber Russland vom Juni 1999, die im Juni 2004 formal auslief, konnten dem Anspruch gerecht werden, ein partnerschaftliches strategisches Beziehungsgeflecht mit Russland zu gestalten.³ Die 2005 in Moskau vereinbarten Verhandlungen zwischen Russland und der EU über die Schaffung von vier Gemeinsamen Räumen (Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit; Forschung, Bildung, Kultur) sind vor allem durch britischen und polnischen Widerstand substantiell ausgehöhlt, bevor sie auch nur zu einem Ergebnis geführt hätten.⁴

Das eben ist das Grundproblem der westlichen Russlandpolitik seit 1990: sie ist nicht zum notwendigen radikalen Wandel bereit und wird entgegen zahlloser positiver Äußerungen gegenüber Russland faktisch noch immer von ideologischen und geschichtlichen Bedrohungsperzeptionen, tiefem Misstrauen und Relikten des Kalten Krieges überlagert. Gleichzeitig wurde insbesondere durch die Bush-Administration fast das gesamte russisch-amerikanische und multilaterale Rüstungskontroll- und Abrüstungssystem zerstört oder zumindest rechtlich nicht in Kraft gesetzt. Die

USA schraubten ihre Militärausgaben auf Rekordniveau, weit über das Ausmaß zur Zeit des „Gleichgewichts des Schreckens“ hinaus. 2007 erreichten sie nach Angaben des Stockholmer Instituts für Friedensforschung (SIPRI) die astronomische Summe von 547 Milliarden Dollar, rund 41 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben von 1,34 Billionen Dollar. Mit Platz 2 (Großbritannien: 59,7 Mrd. Dollar), Platz 4 (Frankreich: 53,6 Mrd. Dollar), Platz 6 (Bundesrepublik Deutschland: 36,9 Mrd. Dollar) und Platz 9 (Italien: 33,1 Mrd. Dollar) befinden sich weitere Nato-Staaten in der Spitzengruppe. Der für die russisch-amerikanische nuklearstrategische Stabilität entscheidende Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrwaffen (ABM) wurde gekündigt, der START-Vertrag und das Abkommen über das Verbot von Kernwaffenversuche traten durch die Haltung des Kongresses und die Vorbehalte der US-Administration nicht in Kraft, die Einführung eines Verifikationssystems für die B-Waffen-Konvention scheiterte am Widerstand der USA, die inzwischen ebenfalls das geschichtlich bisher wirkungsvollste Verifikationssystem (für den C-Waffenvertrag) deutlich schwächten. Die Genfer Abrüstungskonferenz wird seit mehr als einem Jahrzehnt von den USA blockiert, darunter hinsichtlich der Verhandlungsaufnahme für das Produktionsverbot spaltbaren Materials, obwohl ein solcher Schritt – ganz anders als die von den USA bevorzugten militärtechnischen und militärischen Instrumente oder der Aufbau einer militärischen Drohkulisse gegen nukleare Schwellenländer – eine der wirkungsvollsten Möglichkeiten zur Verhinderung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen wäre. Seitens der Bündnispartner der USA gab es keine wirklich entschiedene, zumindest keine wirksame Kritik an dieser Politik. Nach dem Sieg der Republikaner bei der Kongresswahl im November 2010 droht auch dem neuen, im April unterzeichneten, START-Vertrag mit Russland kein besseres Schicksal.⁵

Um ihre Legitimationskrisen nach dem Ende der Blockkonfrontation zu überwinden oder wenigstens zu verschleiern, beschloss die Nato bereits 1991 vertragswidrig ihre Out-of-Area-Ausrichtung und die Umorientierung auf Offensivaufgaben. In der „Römischen Erklärung“ vom November 1991 hieß es: „Sie (die neuen Risiken; A. B.) sind eher Konsequenz der Instabilität, die aus den ernststen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten entstehen können, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenübersehen.“ Der Versuch einer militärischen Relegitimierung der Nato nach dem

Ende der Blockkonfrontation führte zu diffusen und äußerst weit gefassten Bedrohungsszenarien, die nicht nur aus russischer Sicht immer auch gegen Russland anwendbar schienen: „Im Gegensatz zur Hauptbedrohung der Vergangenheit sind die bleibenden Sicherheitsrisiken der Allianz ihrer Natur nach vielgestaltig und kommen aus vielen Richtungen, was dazu führt, dass sie schwer vorherzusehen und einzuschätzen sind. Die Nato muss fähig sein, auf derartige Risiken zu reagieren ...“⁶

Ausgerechnet im zeitlichen und politischen Zusammenhang mit der Ausdehnung der Nato an die russische Grenze und der Aufnahme mittel- und osteuropäischer Länder in die Nato beschloss das gesamte Bündnis 1999 in Ottawa unter Missachtung des klaren Urteils des Internationalen Gerichtshofes eine neue Nuklearstrategie, die die ablehnende Haltung der USA und Großbritanniens zu „negativen Sicherheitsgarantien“ für Nichtkernwaffenstaaten (Verzicht auf die Androhung oder Anwendung eines Ersteinsatzes von Kernwaffen) übernahm und sogar ausweitete. Das neue strategische Konzept konstruierte anstelle eines „kalkulierten Angriffs auf das Hoheitsgebiet der Bündnispartner“ nicht definierte „Instabilitäten“, die „Verbreitung von ... Massenvernichtungswaffen und ballistischer Flugkörper“, das Vorhandensein großer Militärarsenale, die (wieder) gegen die Nato gerichtet werden könnten und die „Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ sowie „Terror- und Sabotageakte“.⁷

Dass die Initiative des russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew vom Juni 2008 für eine Sicherheitsgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok, für die er am 29. November 2009 einen Vertragsentwurf vorlegte,⁸ und die bei allen Einschränkungen eine Hinwendung Russlands zu einem eurotransatlantischen Multilateralismus darstellt, bis heute nicht beziehungsweise nicht konstruktiv beantwortet wurde, scheint nicht nur dafür bezeichnend, dass die Nato- und EU-Mitgliedsländer nicht zu einer gemeinsamen Russlandpolitik fähig sind, sondern auch dafür, dass selbst bei jenen Staaten, wie Frankreich, Deutschland und Italien, die einen neuen Anlauf grundsätzlich positiv sehen, keine Bereitschaft zu wirklich großen politischen und institutionellen Neugestaltungen vorliegt oder kein solches Erfordernis gesehen wird. Auch jenseits eines deutsch-russischen Sonderweges bleibt eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik für eine grundlegende positive Veränderung des westlich-russischen Verhältnisses bestehen. Die deutsch-russischen Beziehungen haben nicht nur eine einzigartige geschichtliche

Grundlage, die mit der deutschen Einigung und deren Unterstützung durch die damalige sowjetische Führung einen historischen positiven Impuls erhielten, sondern sind auch hinsichtlich der bilateralen ökonomischen, wissenschaftspolitischen, kulturellen, menschlichen und zivilgesellschaftlichen⁹ Verflechtung¹⁰ sowie erste Ansätze der vom damaligen deutschen Außenminister Walter Steinmeier proklamierten „Modernisierungspartnerschaft“ einzigartig.¹¹ Die verschiedenen Bundesregierungen haben sich seit 1990 durchaus darum bemüht, das westlich-russische Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen, sie waren jedoch weder fähig noch konsequent bereit, die Partner für eine solche weitreichende Politik zu gewinnen.

Durchaus charakteristisch ist Horst Teltschiks Einschätzung zum 20. Jahrestag der deutschen Einigung.¹² Zwar würdigt er den Beitrag Gorbatschows, doch seine Schlussfolgerungen bleiben darauf beschränkt, Nato und EU für die Zukunft außer Zweifel zu setzen und sie zum „bis heute“ gültigen „Kern der Außen- und Sicherheitspolitik aller deutschen Regierungen“ zu erklären, ohne irgendwelche Konsequenzen der neuen Situation für die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur und das Verhältnis zu Russland auch nur zu erwähnen. Das Thema, auch die Medwedjew-Initiative, existiert (für ihn) nicht.

Kritiken an mangelnder Konkretheit, teilweiser Unklarheit oder Einseitigkeiten des russischen Vorstoßes sind berechtigt¹³, aber im Vorschlagsstadium auch üblich und diplomatisch legitim, die faktische Ignoranz und Ablehnung sind es nicht, zumal mögliche Alternativen wie eine weitreichende sicherheitspolitische Revitalisierung der OSZE und der KSE bzw. ihre Zusammenführung ebenso abgelehnt werden. Ein System kooperativer und gleicher Sicherheit im euro-atlantischen Raum existiert faktisch nicht. Das ist nicht nur für Russland und die westlich-russischen Beziehungen ein grundlegendes und gefährliches Problem, wie nicht erst der georgisch-russische Krieg, die unverantwortlich einseitige Position der USA und der mehr als voreiligen westlichen Medienreaktionen deutlich gemacht haben. Ohnehin sind die Konfliktpotenziale im postsowjetischen Raum eine zwar wichtige Seite dieser Problematik, doch entscheidend ist das Erfordernis, Russland tatsächlich als gleichberechtigten Partner für die Entwicklung eines auf gleicher, kooperativer und politisch gewährleisteter Sicherheit im euro-atlantischen Raum wahr und beim Wort zu nehmen. Stattdessen werden im Rahmen der neuen Nato-Strategie¹⁴ eine politische Neugestaltung des westlich-russischen Verhältnisses und die euroatlantische

Sicherheitsstruktur durch die Nato auf eine partielle Kooperation mit Russland bei der Raketenabwehr und eine „gemeinsame Euro-Atlantische Raketenverteidigung“ („joint Euro-Atlantic missile defence“)¹⁵ reduziert und vom Nato-Generalsekretär unverhüllt als Alternative zum russischen Vorschlag propagiert: „But I believe there is yet another reason for developing missile defence. And that is to create a new dynamic in European and Euro-Atlantic security.“¹⁶ Abgesehen davon, dass die Nato damit erneut alle Erfahrungen der Vergangenheit in den Wind schlägt, dass Sicherheit nicht mehr militärisch und militärtechnisch, sondern nur politisch und kooperativ gewährleistet werden kann, müssen dieses Vorgehen und die Ignoranz des russischen Vorschlages als Ausnutzung russischer internationaler Schwäche und als Demütigung Russlands verstanden werden,¹⁷ zumal die Obama-Administration ohnehin nur einen Teil ihrer europäischen Raketenabwehrpläne im Rahmen der Nato und gegebenenfalls in Kooperation mit Russland, andere Teile unilateral beziehungsweise mit Polen und Rumänien bilateral realisieren will. Die vorsichtige Bereitschaft Russlands, das Nato-Angebot anzunehmen und die positiven russischen Reaktionen auf Obamas Abkehr von den Bush-Plänen, gemeinsam mit Polen und der Tschechischen Republik ein ausschließlich US-amerikanisches Raketenabwehrsystem zu installieren, können darüber nicht hinwegtäuschen. Noch in den achtziger und zu Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts reichte der Konsens darüber, dass Sicherheit zu einer Frage der Abrüstung, politischer Konfliktprävention, komplexer Ursachenbekämpfung sowie gleichberechtigter Kooperation geworden ist, bis in Teile des konservativen und liberalen Establishments hinein, während inzwischen selbst Teile der Sozialdemokratie und der Grünen einer pragmatischen Resignation folgen. Dass nach dem Ende der Blockkonfrontation nicht die 1990 viel beschworene „Friedensdividende“ eingefahren wird, sondern ein Rüstungsprogramm zum Kern eurotransatlantischer Sicherheit werden soll, charakterisiert mehr als alles andere, dass die politisch diffuse Relegitimation der Nato geradezu zum Selbstzweck des Bündnisses und der Verschleierung seiner inneren Gegensätze geworden ist.¹⁸ Für Russland bedeutet die Zurückweisung des Medwedjew-Vorschlages und seine Ersetzung durch ein Raketenrüstungsprogramm, dass es statt Gleichberechtigung, die ein Axiom politischer und Abrüstungskonzepte bedeutet, sich unweigerlich mit der Rolle eines fügsamen Juniorpartners begnügen müsste.

Russische Politik gegenüber der EU zwischen Sonderbeziehungen und Multilateralismus

Das periodisch wirksamwerdende und im traditionellen russischen Großmachtdenken verwurzelte, die aktuelle internationale Rolle Russlands und seine Möglichkeiten missachtende oder überschätzende, russische Bestreben, seine Beziehungen zu den Mitgliedern von Nato und EU primär bilateral und unter Umgehung der jeweiligen multilateralen institutionellen Einbindungen zu gestalten¹⁹ (womit Russland selbst dazu beigetragen hat, multilaterale Gremien wie die OSZE und die KSE zu schwächen), kommt dem allerdings auch oft entgegen und hat das Misstrauen, vor allem kleinerer und mittel- und osteuropäischer Nato- und EU-Staaten gegenüber der russischen Politik geschürt. Eine ähnliche Wirkung, die sich zusätzlich auch in Misstrauen gegenüber der deutschen Russlandpolitik äußerte, hatten gelegentliche, inzwischen aber offensichtlich aufgegebene, russische Vorstellungen, mit der Bundesrepublik unter Nutzung der einzigartig intensiven bilateralen wirtschaftlichen, kulturellen, menschlichen und geschichtlichen Beziehungen Staaten ein politisches Sonderverhältnis zu gestalten. Obwohl die russische Führung seit Anfang der neunziger Jahre das Prinzip des Multilateralismus beständig den unilateralen Tendenzen in der US-Politik entgegensetzte, schwankte die russische Politik in den vergangenen zwei Jahrzehnten doch selbst allzu oft zwischen Großmachtansprüchen und unilateralem Vorgehen in der beanspruchten „privilegierten“ russischen Einflussosphäre sowie selbstbewusstseinsarmer Orientierung an westlichen Vorgaben.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation, dem Zerfall der UdSSR und der Stellung der USA als allein verbliebener „Supermacht“ wurde das Verhältnis zur Europäischen Union für Russland, nicht zuletzt im Kontext der russischen globalen Multilateralismuskonzeptionen als Alternative zur unilateralen Vorherrschaft der USA, zu einer zentralen, jedoch widerspruchsvollen und unterschiedlich beantworteten und auch nach fast zwei Jahrzehnten nicht gelösten Frage wie für die EU und ihre Mitgliedsländer die strategische Neubestimmung ihres Verhältnisses zu Russland.

Die Ursachen sind vielfältig und in der EU ebenso wie in Russland zu finden.²⁰ Innerhalb der Europäischen Union gibt es prinzipielle politische und ideologische Differenzen und widerstreitende Interessen. Während die Bundesrepublik und Frankreich eher, wenngleich ebenfalls nicht widerspruchsfrei, eine strategische wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit Russland

befürworten, überwiegen vor allem in Polen, Lettland, Estland, Litauen starke Vorbehalte, die geschichtlich und ideologisch genährt sind, und Interessen, nicht zuletzt mit der Ausdehnung der EU auf die Ukraine und weitere ehemalige Sowjetrepubliken, den russischen Einfluss weiter zurückzudrängen und die eigenen Möglichkeiten, die EU-Politik zu beeinflussen, zu stärken. Assistiert werden sie dabei vor allem von Großbritannien und den USA.

Die russische Politik wiederum tut sich nach wie vor schwer damit, die Europäische Union als transnationales Subjekt internationaler Politik anzuerkennen und bevorzugt nach wie vor die bilaterale Ebene. Das grundlegende russische Interesse an globaler Multipolarität, um die einseitige Dominanz der USA zu brechen, in der auch der EU eine Rolle zugemessen wird, bleibt damit für eine russische EU-Orientierung noch immer begrenzt, auch wenn in jüngster Zeit, die Vorstellungen, mit einer verstärkten russisch-chinesischen Partnerschaft, einen anderen Ausweg zu finden, deutlich an Einfluss verloren haben. Im Gegensatz zur Osterweiterung der Nato wird zumindest die bisherige Osterweiterung der EU jedoch nicht als Bedrohung russischer Interessen angesehen.²¹ Anders allerdings sieht es mit der am 7. Mai 2009 lancierten EU-Initiative einer Östlichen Partnerschaft gegenüber Belarus, der Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan aus, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow mit der Etablierung einer Einflusszone der EU in ihrer östlichen Nachbarschaft gleichsetzte.²²

Diese und andere ähnliche russische Reaktionen²³ widerspiegeln die russische Enttäuschung, dass ein konstruktiver und wahrhaft strategischer Beitrag der Europäischen Union bei der Rekonstruktion der westlich-russischen Beziehungen aussteht und offenkundig auch mit dem sich ohnehin verzögernden neuen EU-Russland-Abkommen nicht zu erwarten ist.

Neben den divergierenden politischen Interessen und Konzepten spielt dafür auch die Tatsache eine Rolle, dass die EU ihre eigenen strategischen Integrationsziele nicht zu definieren mag: wie weit sollen Souveränitätsverzichte der Mitgliedsländer gehen (also die alte Frage von Supranationalität und Intergovernmentalität), ist die EU tatsächlich zu der so oft beschworenen und auf dem Papier vereinbarten, aber in der Realität insbesondere in strategisch entscheidenden Fragen vermissten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bereit und fähig, welchen Charakter sollen die transatlantischen Beziehungen (das Verhältnis von Bündnis und unweigerlicher Konkurrenz mit den USA sowie zwischen ESVP und Nato) ha-

ben, wo sollen derzeit die geografischen Grenzen der EU-Erweiterung liegen, will die EU eine auf europäische und globale Kooperation oder vor allem auf europäische und globale Konkurrenz gerichtete Institution sein? Das Fehlen vereinbarter Integrations- und Politikziele als Grundlage der die EU quantitativ und qualitativ (politisch, wirtschaftlich, kulturell) beispiellos verändernden Osterweiterung öffnete zentrifugalen Tendenzen in der EU Tür und Tor, darunter auch mit Blick auf die gesamteuropäische und Russlandpolitik. Die Kopenhagener Beitrittskriterien waren kein Ersatz solcher Definitionen. Sie waren ausschließlich auf die Übernahme des Aquis Communautaire (die Verträge bestimmen diese Ziele nicht rechtlich und politisch verbindlich) und die Realisierung politischer und wirtschaftlicher Maßstäbe gerichtet.

Die EU-Osterweiterung wurde eindeutig nicht in einem Kontext der Neugestaltung der gesamteuropäischen und der westlich-russischen Beziehungen, sondern allein als westliches Projekt der Stabilisierung und Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten in den EU-Markt und (zusammen mit der Aufnahme in die Nato) in den institutionellen „Westen“ betrieben. Sie hat damit die Tendenz eines Ausschlusses Russlands verstärkt. Die Chance, mit der Neuaushandlung des EU-Vertrages, auch der gesamteuropäischen Politik eine neue Dimension zu verleihen, wurde nicht genutzt. Das wird nun, mit deutlich schwierigeren Voraussetzungen und als Gegenstand der divergierenden politischen Interessen, nur über die intergouvernementale Zusammenarbeit möglich oder, wie sich eher abzeichnet, nicht möglich sein. Dabei hätte das epochale Ausmaß des Umbruchs von 1989/90 zwingend geboten, sich auch auf die geschichtlichen Erfahrungen der europäischen Integration zu besinnen.

Der historische Umbruch im Verhältnis EU zu Russland und eine institutionelle Neugestaltung stehen immer noch aus

Während im Schumannplan von 1950 zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit der strategisch nicht zu überschätzenden Vorbedingung einer supranationalen Struktur als Verhandlungsgrundlage eine zwingende Klärung stattfand, wurde trotz weitreichender Veränderungen (Vollendung des Binnenmarktes, Währungsunion, radikale geografische Erweiterung) von offizieller Seite in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten niemals der Versuch unternommen, eine Finalität der europäischen Integration zu definieren. Weder der ursprüngliche Verfassungsvertrag noch der Lissabonvertrag haben diesen Anspruch auch nur im

Entferntesten realisiert. Die Integration wird pragmatisch dort vertieft, wo sie trotz widerstreitender nationaler Interessen und Konzepte möglich, dort unterlassen, wo ein Konsens nicht möglich ist. Richtung und Ziel der weiteren Entwicklung bleiben jedoch ungeklärt. Für diesen Pragmatismus gibt es angesichts der enormen Widersprüche zwischen den Regierungen und Staaten, den teilweise prinzipiell unterschiedlichen Rollen, die der Europäischen Union und Integration in den nationalen wirtschaftlichen und politischen Interessen und Absichten zukommt, gute Gründe. Doch die rasche geographische Erweiterung der EU im vergangenen Jahrzehnt hat die wirtschaftliche, soziale und politische (im übrigen auch kulturelle) Heterogenität der EU in einer neuen Qualität vergrößert und vor allem den integrationspolitischen Antipoden – auf der einen Seite vor allem die sechs Gründungsmitglieder um Frankreich und Deutschland, auf der anderen Seite Großbritannien – zusätzliche zentrifugale Tendenzen hinzugefügt. Sie stärken nicht nur die britische Integrationskepsis, sondern fügen neue Widersprüche hinzu. Das supranationale Junktim des Schumannplanes hatte 1950 auch wesentlich dazu beigetragen, die integrations-skeptischen Briten von einer Teilnahme Abstand nehmen zu lassen. Als sie 1973 gemeinsam mit Irland und Dänemark der Gemeinschaft doch beitraten, mussten sie trotz einzelner Abstriche diese Supranationalität als unumkehrbar gewordene Realität akzeptieren.

Der aktuelle Verzicht, eine solche Finalität zu definieren, erweist sich demgegenüber in vielfältiger Hinsicht als eine wesentliche Quelle für die derzeitige Krise des Einigungsprozesses, ernste Konflikte um die gegenwärtige und künftige Entwicklung der Europäischen Union sowie auf entscheidenden Politikfeldern zwischen den Mitgliedsländern und innerhalb der Union. Dabei geht es auch, jedoch nicht primär um die geographische Ausdehnung der EU²⁴, sondern vielmehr um ihren politischen und wirtschaftspolitischen Charakter, ihre internationale und gesamteuropäische Rolle, ganz wesentlich das Verhältnis zu Russland eingeschlossen. Im Gegenteil, die rasche EU-Erweiterung ohne eine solche Zielsetzung hat die EU verstärkt zu einem Feld von Desintegrationsbestrebungen durch eine ganze Reihe von Mitgliedsländern gemacht²⁵, zu deren Instrumenten dafür auch die Mitgliedschaft der Türkei oder der Ukraine und Georgiens gehört. Zwar spielen in solchen Absichten auch andere Interessen eine wesentliche Rolle (hinsichtlich der Türkei insbesondere strategische, stabilitäts- und machtpolitische, hinsichtlich der Ukraine Regionalinteressen

sowie hinsichtlich der Ukraine und Georgiens das Interesse der Eindämmung und Zurückdrängung des Einflusses und der internationalen Rolle Russlands), doch wird seitens Großbritannien und konservativer Kreise in Polen und der Tschechischen Republik, teilweise auch europakritischer Kräfte in skandinavischen Staaten mit der weiteren Ausdehnung der EU auch offen die Schwächung supranationaler und die Abwehr föderativer Tendenzen verbunden, wie es bereits zu den britischen Motiven für das große Tempo der Osterweiterung gehört hatte.

Das Beispiel des Schumannplanes zeigt, dass die Definition einer Finalität der europäischen Einigung immer eine konkrete und geschichtlich offene Frage, zugleich jedoch ein Schlüssel für eine erfolgreiche Integrationsdynamik und ihre internationale politische Ausrichtung ist. Das war und ist umso bedeutsamer, als die europäische Einigung und ihr Charakter in der Vergangenheit wie heute auch immer von internationalen, globalen Verhältnissen, strategischen internationalen Zielen ihrer Mitglieder (beispielsweise im Ost-West-Konflikt, aber auch gegenüber den USA) sowie der jeweiligen Interessenlage und Politik der USA, in geringerem Maße aber auch der damaligen Sowjetunion beeinflusst, gelegentlich sogar bestimmt wurde. So übte der damalige amerikanische Hochkommissar in Deutschland, John McCloy, im Zusammenhang mit der Bildung der EGKS massiven Druck auf die Bundesregierung aus²⁶, und als 1955 die britische Regierung das Projekt der EWG, einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes der Sechs, mit einem Alternativvorschlag, im Rahmen der OEEC über Schritte zur weltweiten Handelsliberalisierung zu verhandeln, konterte, lehnte US-Außenminister Dulles den britischen Vorschlag ab.²⁷ Es war wiederum Großbritannien, das 1957 die Bildung der EWG mit dem Projekt einer europäischen Freihandelszone verhindern wollte. Adenauers Ablehnung war in diesem Fall offensichtlich dadurch motiviert, sich Frankreichs Unterstützung gegen ein Zurückweichen der USA gegenüber der Sowjetunion in der Berlin-Frage zu sichern.²⁸

In der Anfangszeit der europäischen Integration intervenierten die USA aktiv zugunsten einer engen, teilweise supranationalen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, vor allem um das wirtschaftliche, politische und militärische Potenzial der Bundesrepublik in der Auseinandersetzung mit der UdSSR zur Geltung zu bringen. In dem Maße, in dem die europäische Integration zur Herausbildung eines wirtschaftlichen und möglicherweise politischen Konkurrenten führte, veränderte sich die amerikanische Inte-

ressenlage jedoch. Ihre aktuelle und ausgesprochen aktive Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei, aber auch der Ukraine und Georgiens, für die die Nato-Mitgliedschaft beider Ländern ein wirksames Instrument wäre, hat neben geopolitischen Absichten durchaus auch das Ziel, die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union zu begrenzen. Ähnlich verhielt es sich bereits mit ihrer Assistenz für den britischen Beitritt in den sechziger bzw. siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Die Sowjetunion hatte demgegenüber eine ablehnende Position zur (west-) europäischen Integration, die sie als Bestandteil der antisowjetischen Blockbildung ansah. Ihre direkten Einflussmöglichkeiten waren jedoch gering, wenngleich sie intensiv versuchte, den französischen Sonderweg unter de Gaulle zu unterstützen und die deutsche und Berlinfrage gegenüber der Bundesrepublik zu nutzen. Bestimmungsfaktoren ihrer internationalen Politik waren eindeutig die Sicherung des eigenen Blocks, die Rivalität mit den USA, die Nato und die bilateralen Beziehungen zu den anderen großen westlichen Staaten, vor allem zur Bundesrepublik Deutschland, zu Frankreich, Japan und Großbritannien sowie schließlich zur Volksrepublik China. Die Europäische Union spielte dafür nur eine mittelbare Rolle, zumal sie selbst lange auf eine eigene, gemeinsame Außenpolitik verzichtete beziehungsweise zu ihr nicht fähig war. Ein Nachwirken derartiger Einschätzungen ist in der aktuellen russischen Politik immer wieder spürbar, und doch ist die Europäische Union inzwischen für Russland zu einem strategischen Objekt ihrer Politik und ihrer internationalen Rolle geworden. Umgekehrt gilt dies, wie gesagt und allen Absichtserklärungen zum Trotz, nicht wirklich.

Zwei Jahrzehnte nach dem historischen Umbruch in Europa stehen der historische Umbruch im westlich-russischen Verhältnis und eine ihm gemäße institutionelle Neugestaltung der gesamteuropäischen beziehungsweise „euroatlantischen Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok“ aus. Die erreichten Veränderungen und die einzelnen Schritte von Nato und EU haben dieses Niveau bei weitem nicht erreicht, sind zutiefst widersprüchlich, bewegen sich eher auf der symbolischen als auf der politisch-institutionellen Ebene und werden von Maßnahmen und Politiken konterkariert, die Russland als potenziell gegen sich gerichtet betrachten muss oder betrachten kann. Fukuyamas These vom Ende der Geschichte wird inzwischen eher belächelt und von ihm selbst in Frage gestellt, doch in den gesamteuropäischen Beziehungen wird sie als Verwaltung eines Status quo praktiziert.²⁹ Hans

Misselwitz hat die geschaffene Situation meiner Meinung nach zutreffend beschrieben: „Wie kann man verstehen, dass die tiefgreifendste Veränderung der Welt des 20. Jahrhunderts, die uns das Ende des Kalten Krieges bescherte, keine neuen Institutionen hervorbrachte? Was bedeutet es, dass gerade die Institutionen, die der Westen in der Epoche des Kalten Krieges geschaffen hatte, wie die Nato und die Europäische Gemeinschaft/Union diese Veränderung überdauerten, andere Institutionen wie die KSZE/OSZE, die selbst der Überwindung der Teilung und der gesamteuropäischen Zusammenarbeit gewidmet waren, letztlich bedeutungslos wurden? Indem sich Nato und EU sukzessive auf die Länder des vormaligen sowjetischen Imperiums ausdehnten, verschob sich damit zunächst nur die vorherige Teilung Europas nach Osten, und vor zwar vor allem deshalb, weil an der Prämisse einer potenziellen Bedrohung durch Russland festgehalten wurde.“³⁰

(Zwischenüberschriften durch die Redaktion)

Quellenhinweise:

- 1 Eugene Rumer, Angela Stent: „Russia and the West, Survival 51, S. 91 – 104
- 2 Siehe: Hannes Adomeit: Putins Westpolitik. Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, SWP-Studie, S 8, Berlin, April 2005, In Tabelle 1 wird ein ernüchternder Überblick der widerstreitenden russisch-amerikanischen Forderungen und der Ergebnisse gegeben; S. 10 – 11
- 3 Einen kritischen Überblick über die Beziehungen zwischen der EU und Russland geben Hannes Adomeit/Rainer Lindner: Die „Gemeinsamen Räume“ Russlands und der EU, SWP-Studie, Berlin, S 34, November 2005
- 4 siehe auch: Susan Stewart: Ein neues EU-Russland-Abkommen, SWP-Aktuell 59, Berlin, Juni 2008
- 5 Befürchtungen um den Start-Vertrag, Neue Zürcher Zeitung, 6. November 2010, S. 3
- 6 <http://www.nato.int/docu/basic/txt/b911108b.htm>
- 7 <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065e.htm>
- 8 President of Russia: The draft of the European Security Treaty (unofficial translation), 29. 11. 2009, <http://eng.kremlin.ru/news/275>
- 9 Dies in ganz wesentlichem Maße durch den von Putin und Schröder im Jahr 2000 initiierten „Petersburger Dialog; siehe: <http://www.petersburger-dialog.de/>
- 10 Allerdings sind die deutsch-russischen ökonomischen Beziehungen durch die strukturellen Defizite der russischen Wirtschaft, vor allem die Schwäche der verarbeitenden und Konsumgüterindustrie und die enorme Abhängigkeit Russlands von Rohstoff- und Energieexporten durch große und für eine echte Kooperation hinderliche Asymmetrien gekennzeichnet.
- 11 Einen differenzierten Überblick gibt u.a. Roland Götz: Germany and Russia – strategic partners?, Geopolitical Affairs, 4/2007
- 12 Horst Teltschik: Früchte einer einmaligen Konstellation, Neue Zürcher Zeitung, 29. September 2010
- 13 vgl. beispielsweise: Margarete Klein: Medwedews Vorschlag für einen euroatlantischen Sicherheitsvertrag, in: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., russland-

analysen, NR. 193, 4.12.2009, S. 2 – 3; Livia Schrodol: Europäische Sicherheit: Reaktionen im Westen auf Russlands Initiative, SWP-Zeitschriftenschau 4, Juli 2010

14 „Europa darf nicht nur Konsument von Sicherheit sein“, Interview mit dem Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zum neuen strategischen Konzept, Neue Zürcher Zeitung, 30. Oktober 2010, S. 7

15 Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen: Building a Euro-Atlantic security Architecture, Speech by Nato Secretary General Anders Fogh Rasmussen at the Brussels Forum 2010 organised by the German Marshall Fund, Brussels, Belgium, 27 Mar. 2010

16 ebenda

17 Eine durchaus differenzierende aber für die russische Diskussion charakteristische Position vertritt Prof. M. L. Entin, Direktor des Europäischen Lehrinstituts der Moskauer Staatsuniversität für Internationale Beziehungen beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation: Neue Perspektiven der euro-atlantischen Sicherheitspolitik, unveröffentlichtes Manuskript für die Tagung des Petersburger Dialogs im Juli 2010 in Jekaterinburg

18 siehe: Reinhard Mutz: Nato: Expansion im Tarnanzug, Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2010, S. 9-12

19 vgl. Hannes Adomeit: Putins Westpolitik. Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, SWP-Studie, Berlin, S 8, April 2005

20 Siehe: Hannes Adomeit, Putins Westpolitik, .a.a.O., S. 12 ff.

21 Siehe auch: Susan Stewart: Russland und die Östliche Partnerschaft, SWP-Aktuell 21, Berlin, April 2009

22 Susan Stewart: Russland und die Östliche Partnerschaft, SWP-Aktuell 21, Berlin, April 2009, S. 2

23 ebenda

24 Wie es beispielsweise Pierre Pescatore meint in: Die Geschichte der europäischen Einigung zwischen Realität und Utopie, Baden-Baden 2007, S. 59

25 Charakteristisch ist die Position des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus: „Ich bin überzeugt, dass es das Gebot der Stunde ist, die Zukunft der europäischen Integration auf eine grundlegend andere Art und Weise zu entwerfen, als dies bisher getan wurde. Wir sollten die Organisation Europäischer Staaten (OES) gründen, deren Mitglieder die einzelnen Staaten sind – nicht die Bürger dieser Staaten direkt, wie es in der europäischen Verfassung vorgeschlagen wird... Die Mitgliedschaft in der OES darf... nur durch einen gemeinsamen Glauben an die Fähigkeit der Mitgliedstaaten (motiviert sein), in einigen Bereichen zusammenzuarbeiten, dies in gemeinsamem Interesse und zum gegenseitigen Vorteil. Der Mechanismus der Entscheidungsfindung muss einstimmig sein, zumindest in allen wichtigen Bereichen.“ (Vaclav Klaus: Es ist Zeit, der EU eine solidere Grundlage zu geben; Neue Zürcher Zeitung, 30. August 2005, S. 19)

26 Gerhard Baum: Die Europäische Einigung, Stuttgart 2002, 2009, S. 83

27 ebenda, S. 109

28 ebenda, S. 135

29 siehe Hans-J. Misselwitz: Nach der „Utopie des Status quo“. Zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Elmar Brähler, Irina Mohr (Hg.): 20 Jahre deutsche Einheit – Facetten einer geteilten Wirklichkeit, Gießen 2010, S. 97 – 107

30 Hans Misselwitz, a.a.O. S. 105; Eine gut begründete russische Sicht auf diese Politik gibt der Wissenschaftler Mikhail Tritsky: Selective Engagement and Disengagement: US Policy towards Nato's „Geographical Creep“, Draft Paper presented at the 48th Annual Convention of the International Studies Association Chicago, February 28 – March 3, 2007

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Versammlungsfreiheit gilt auch im Frankfurter Flughafen • Neuer bei der Bundesbank: Hardliner mit guten Manieren • Frauenquote: Das Land Berlin führt • Guttenberg kommt vielleicht vor Gericht • Dr. Friedrich vergeht sich gegen die Verfassung • Weltraumrüstung

Wahlen Hamburg

Demokratie und Linke

Schröders „Extremismusklausel“ stößt auf breiten Widerstand

Nachbarschaftliche Lösung oder Mittelmeerfront?

Kampf gegen Leiharbeit bei Coca-Cola Tunesien

Auslandsnachrichten

Schikanen gegen US-Gewerkschaften • IG Metall will Autogewerkschaft in den USA unterstützen • Lehrerproteste in Wisconsin • IGB fordert Schutz von Wanderarbeitern • Internationaler Frauentag: Landarbeiter/innen in Simbabwe

Aktionen ... Initiativen

Dresden: Nazi-Aufmarsch erfolgreich verhindert – Polizei steht als schlechter Verlierer da • Friedensratschlag: Gewaltdiskussion lenkt ab! • Initiative der Menschlichkeit! Abgeordnete fordern mehr Entwicklungshilfe! • Weltweiter Aktionstag: Finanztransaktionssteuer noch in 2011! • Aktionstag gegen Asylbewerberleistungsgesetz am 22. März • Gesicherte Korridore für Flüchtlinge schaffen! • Anti-Atom-Menschenkette am 12. März • Proteste anlässlich des Besuchs von EU-Innenkommissarin Malmström

Berlin: Volksentscheid gegen RWE und Veolia erfolgreich

Köln: Einwohnerabstimmung ab dem 16. Lebensjahr

Kommunale Politik

Städtische Wohnungen ja, private Luxussuiten nein: Frankfurt a.M. • Die Linke fordert Kommunalisierung der Flüsse in der Region Hannover. • Antrag: MVG – lernen vom Stuttgarter Nahverkehr! München. • Lohndumping bei Bogestra-Tochter? Bochum. • Anträge der Linksfraction zur Haushaltsberatung am 22. Februar 2011: Braunschweig. • Messe Essen: Flucht nach vorn – aber wohin? Essen. • „... immer im Einsatz“: Tübingen. • Stadtwerke Konsortium Rhein Ruhr

„Arbeit – sicher und fair“

Bankangestellte zwischen Baum und Borke oder: Bundesregierung reguliert Bankangestellte

Wirtschaftspresse

Russland, die Nato und die Europäische Union

Von André Brie

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 16 und 17. April in Köln

Termin: 16.17. April, Samstag von 13 bis ca. 18 Uhr, Sonntag von 9 bis 12 Uhr.

Übernachtung: Jugendherberge Köln-Deutz, Siegesstr. 5.

Tagung: Landschaftsverband Rheinland, Horionhaus, Mindener Str., Köln-Deutz, wenige Minuten vom Bahnhof Köln-Messe/Deutz (Anfahrtskizze siehe unten).

Tagesordnungspunkte:

Samstag, 16. April

13 bis 14 Uhr Vereinsangelegenheiten

- Berichte Vorstand

- Wahlen Vorstand

14.30 Uhr als gemeinsame Veranstaltung mit dem Forum demokratischer Sozialisten (fds) NRW:

„Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Hand – Möglichkeiten der demokratischen Steuerung“,

Referat: Klaus Lederer, Vorsitzender Die Linke Berlin.

dazu drei Impulsreferate:

Wolfgang Freye: Energieunternehmen Steag im Ruhrgebiet und öffentliche Kontrolle

Torsten Löser (fds): Zur Tätigkeit als Aufsichtsrat bei der Messe Köln

Jörg Detjen und Michael Weisenstein: Stadtwerkekonzern Köln und Verkehrsbetriebe.

Anschließend Diskussion.

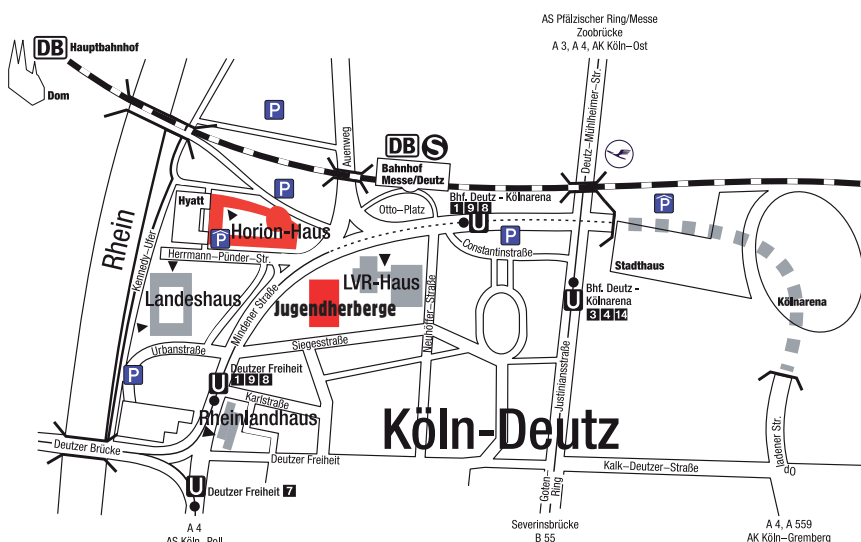
Sonntag, 9 bis 12 Uhr

„Europäische Wirtschaftsregierung – eine Perspektive?“

Mit Elisabeth Gauthier (Direktorin der linken französischen Stiftung „Espaces Marx“, Mitbegründerin des europäischen Netzwerkes Transform und Mitglied im Nationalkomitee der KPF) und Jürgen Klute (Europaabgeordneter der Linken, aus Herne, NRW, www.juergen-klute.eu).

Anmeldung bis spätestens 13. März

bei: Alfred Küstler (stuttgart@gnn-verlage.com). Bitte angeben, ob Übernachtung nötig ist, damit die Reservierungen bestätigt oder storniert werden können.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 7. April 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 1. April.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 7. April, 5. Mai, 2. Juni, 30. Juni.